

# info

03/2018

## Internationale Organisationen

**Schwerpunkt**  
Multilaterale Kooperation  
in Krisenzeiten

**Flucht, Migration, Integration**  
Die Seenotrettung europäisieren.  
Die Regierungen müssen die Arbeit  
der privaten Retter übernehmen

**Politik für Europa**  
Was tun gegen Rechts?  
Weder angleichen noch isolieren hilft,  
nur Profil schärfen

## SCHWERPUNKT – MULTILATERALE KOOPERATION IN KRISENZEITEN

---

- 3 Transformation unserer Welt**  
Wie die FES mit internationalen Organisationen zusammenarbeitet
- 4 »Die UN noch aktiver unterstützen als bisher«**  
Vier Fragen an Staatsminister Niels Annen zu Deutschland im UN-Sicherheitsrat
- 5 Friedenspolitik wie Nelson Mandela**  
Südafrika und Deutschland im UN-Sicherheitsrat
- 6 »Der Austritt aus dem Iran-Atomabkommen ist Vertragsbruch«**  
Drei Fragen an die ehemalige UN-Abrüstungsbeauftragte Angela Kane
- 7 Kollektives Veto gegen Untätigkeit**  
Warum die Reform der Vereinten Nationen zur Priorität werden muss
- 8 600 Milliarden Dollar mehr gefällig?**  
Ein weltweites Finanzregister könnte massive Steuerflucht eindämmen
- 9 Gegen den Trend**  
Wirtschaftswachstum und weniger Ungleichheit sind erreichbar
- 10 Die WTO am Abgrund?**  
Ob Reformen die WTO retten können, ist derzeit unklar
- 11 »Wichtiger als je zuvor«**  
Generaldirektor Guy Ryder über die nächsten 100 Jahre Internationale Arbeitsorganisation
- 12 Ein Fels in der Brandung – der UN-Menschenrechtsrat**
- 13 Menschenrechte in Handelsverträgen**
- 13 Soziale Rechte und nachhaltiger Frieden**
- 14 In hohem Maße »menschenrechtsblind«**  
Warum Austeritätspolitik oft die Menschenrechte verletzt
- 15 Chefsache Agenda 2030**  
Spotlight-Report 2018 fordert konsequente Nachhaltigkeitspolitik
- 16 Gemeinsam einfach besser**  
Gelebter Multilateralismus in der internationalen Klimapolitik
- 17 Nützliche Absprachen**  
Warum regionale ILO-Vorbereitungskonferenzen so wichtig sind
- 18 Nicht gleichgültig sein**  
Wie die FES die Afrikanische Union unterstützt
- 19 ASEAN: erfolgreich, aber auch sozial?**

## THEMA

---

### Flucht, Migration, Integration

- 21 Die Seenotrettung europäisieren**  
Die Regierungen müssen die Arbeit der privaten Retter übernehmen
- 22 Vorschlag für eine humane europäische Asylpolitik**
- 23 1 Vision, 10 Leitprinzipien, 23 Ziele**  
Der neue Globale Pakt setzt die Regeln für menschenwürdige Migration
- 24 Zugbrücken runter**  
Die »Festung Europa« muss sich öffnen
- 25 Jung, geflüchtet, sucht ... Ausbildung in Deutschland**

## THEMA

---

### Politik für Europa

- 27 Was tun gegen Rechts?**  
Weder angleichen noch isolieren hilft, nur Profil schärfen
- 28 Ein europäischer »Super-PAC« zur Abwehr illiberaler Stoßtrupps**
- 29 Transatlantischer Handelskrieg: aufgehoben oder nur aufgeschoben?**
- 30 Doppelt hält besser?**  
Warum Frankreich eine neue Interventionsinitiative lanciert hat
- 31 Steuerflucht schwer gemacht**  
Die EU hat den Kampf aufgenommen – doch es bleiben zu viele Schlupflöcher
- 32 Regierungswechsel in Spanien: Blaupause für die Sozialdemokratie?!**
- 33 Anspruchsvolle Agenda**  
Rumänien muss als EU-Ratsvorsitz über sich hinauswachsen
- 34 Hashtag #Brexit**  
Wie die Brexit-Debatte die Gemüter erhitzt – live und virtuell
- 35 Beginn einer Ära**  
Griechenland steht wieder auf eigenen Füßen – aber wohin führt der Weg?
- 36 Warten auf die Partner**  
Der deutsch-italienische Parlamentarierdialog ist wichtig für Europa

## NOTIZEN

---

37 Notizen

41 Leseempfehlungen

# Liebe Leserin, lieber Leser

**G**lobalisierung, Digitalisierung, Migration und Klimawandel stellen die Staaten dieser Welt vor große Herausforderungen, die sie allein nicht mehr bewältigen können. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen sind dazu da, gemeinsam nachhaltige und faire Lösungen für diese und weitere Herausforderungen zu finden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung beteiligt sich an diesen Politikprozessen, an der Entwicklung internationaler Normen und den Debatten zu globalen Themen von besonderer Bedeutung für die Länder des globalen Südens. Sie tut dies im Rahmen ihrer internationalen Zusammenarbeit in Deutschland, aber auch bereits seit den 1980er-Jahren am Hauptsitz der UN in New York und seit den 1990er-Jahren in Genf.

Die Vision einer gerechteren und inklusiveren globalen Ordnung, mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung als Herzstück, ist dabei handlungsleitend. In New York liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik, in Genf auf internationaler Sozialpolitik, multilateraler Handelspolitik und der Durchsetzung der Menschenrechte. Neu hinzugekommen sind die Themen internationale Migration und internationale Steuerpolitik.

In diesem Heftschwerpunkt erfahren Sie, mit welchen Projekten konkret die FES und ihre Partner an einer gerechteren und inklusiveren globalen Ordnung arbeiten.

Auch vor den Toren Europas machen die globalen Herausforderungen naturgemäß nicht halt. Sowohl im Bereich Flucht, Migration und Integration, der seit einigen Jahren ein Schwerpunkt der Arbeit der Stiftung ist, als auch in der Europa-Politik sind neue Antworten gefragt und Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit notwendig, um die Herausforderungen zu meistern.

Anregungen bieten Artikel über eine Europäisierung der Seenotrettung oder der Aufruf, eine paneuropäische Allianz von Zivilgesellschaft und Wirtschaft gegen Nationalismus zu schmieden. In allen Beiträgen wird sichtbar: Die Herausforderungen sind vielfältig, aber handhabbar. Je enger progressive Akteure dabei zusammenarbeiten, desto besser gelingt dies.

**Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.**

Die »info«-Redaktion

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Kommunikation und Grundsatzfragen  
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn  
Tel. 0228\_883-0 | presse@fes.de  
www.fes.de

### Redaktion (Text)

Anja Papenfuß, Pressestelle Berlin  
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin  
Tel. 030\_269 35-7038  
anja.papenfuss@fes.de

### Redaktion (Bild)

Katja Ulanowski, Kommunikation  
und Grundsatzfragen  
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn  
Tel. 0228\_883-7036  
katja.ulanowski@fes.de

### Layout und Satz

Leitwerk. Büro für Kommunikation  
www.leitwerk.com

### Druck

Druckerei Brandt GmbH

### Bildnachweis

Alberto Alemanno: S. 28 · Eric Bonse: S. 31 · Marc\_Darchinginger www.darchinginger.com: S. 30 · FES: S. 38, 39, 40 · Gazmend: S. 40 · ILO: S. 11 · IMF/ Ryan Rayburn: S. 9 · Jens Martens: S. 15 · Jens Schicke: S. 37 · José Antonio Ocampo: S. 8 · Julia Kneuse: S. 22 · Susie Knoll: S. 4, 27, 36 · Benno Kraehahn: S. 21 · Leitwerk: S. 8, 24 · Anthoni van Nieuwkerk: S. 5 · picture alliance / AP Photo: S. 6, 32 · picture alliance / Arco Images: S. 31 · picture alliance / Ulrich Baumgarten: S. 16, 29 · picture-alliance / dpa: S. 5, 14, 19, 22, 25, 28 · picture alliance / imageBROKER: S. 33 · picture alliance / F. M. Kearney: Titel · picture alliance / Tone Koene: S. 9 · picture alliance / Pacific Press: S. 2/3 · picture alliance / Photoshot: S. 18 · picture alliance / ROPI: S. 10 · picture alliance / Laurin Schmid/SOS MEDITERRANEE: S. 20/21 · picture alliance / Westend61: S. 35 · picture alliance / ZUMAPRESS.com: S. 12 · picture-alliance / ZB: S. 26/27 · Theodor Rathgeber: S. 12 · Natalie Samarasinghe: S. 7 · Gabriele Schlipf: S. 38 · Adrian Schmieg: S. 29 · Martin Sirotny: S. 40 · Lily Sommer: S. 13 · SPD-Parteivorstand: S. 32 · Dragan Tatic: S. 6 · UN Photo/ Evan Schneider: S. 7 · UNOHCHR: S. 14 · Matthias Winkler: S. 24 · Batbold Yondonrenchin/BChadraabal@YAHOO.COM: S. 38 · Reiner Zensen: S. 37

ISSN 0942-1351

# Multilaterale Kooperation in Krisenzeiten



# Transformation unserer Welt

## Wie die FES mit internationalen Organisationen zusammenarbeitet

Von Luise Rürup und Hubert René Schillinger

**Z**u nichts weniger als der »Transformation unserer Welt« haben sich die Staats- und Regierungschefs der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabredet, als sie im September 2015 in New York die »Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung« verabschiedeten. Jedes Land sowie alle miteinander versprochen, zu den Zielen dieser globalen Agenda für wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Ausgleich unter Bewahrung der Umwelt beizutragen. Die Einigung auf die Agenda 2030 ist ein Beispiel dafür, was multilaterale Vereinbarungen erreichen können.

Internationale Politik ist jedoch in den letzten Jahren auch von stark gegenläufigen Strömungen geprägt. Die Folgen eines entfesselten globalen Kapitalismus, der viele Menschen zurücklässt, wachsende Ungleichheit oder auch die unbewältigte Flüchtlings- und Migrationskrise treiben viele Menschen um. Das Vertrauen in die Regulierungskraft von Institutionen und Regimen ist dabei deutlich gesunken. Dies hat weltweit zu einem Erstarken nationalistischer Kräfte und international zu einer Renaissance des Souveränitätsgedankens geführt.

Drastischster Ausdruck hierfür ist die scheinbare Abkehr des bisherigen Schutzpatrons der multilateralen Ordnung, der USA (Kündigung des Klimaabkommens, Kündigung des Iran-Atomabkommens, Beginn eines »Handelskriegs« gegen China und andere). Bislang spricht wenig dafür, dass das Vorgehen der USA unter Trump einen generellen Niedergang des Multilateralismus einläuten oder gar den Zerfall des internationalen Systems mit den Vereinten Nationen als seinem Zentrum nach sich ziehen könnte. Wohl aber zeichnet sich ab, dass sich künftig internationale Zusammenarbeit wieder weniger auf gemeinsame Werte als Grundlage gemeinsamer Normen und Regeln stützen kann, als dies nach 1990 der Fall war.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat auf die gewachsene Bedeutung internationaler Organisationen schon früh reagiert. An den UN-Standorten New York und Genf unterhält sie seit den 1980er (New York) beziehungsweise 1990er Jahren (Genf) Verbindungsbüros. Im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit beteiligt sie sich dort an Politikprozessen, an der Entwicklung internationaler Normen sowie an Debatten zu verschiedenen globalen Themen von besonderer Bedeutung für die Länder des globalen Südens.

Die Themen reichen von Frieden, Sicherheit und Abrüstung (etwa die Weiterentwicklung der Abrüstungsregime, Konfliktprävention und Friedenseinsätze) über internationale Entwicklungspolitik (etwa Entwicklungsfinanzierung), die Agenda 2030 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs), Klimapolitik, internationale Sozialpolitik, multilaterale Handelspolitik oder neuerdings Migration bis hin zu Schutz und Durchsetzung der Menschenrechte.

Ein häufig wiederkehrendes Merkmal ist dabei der Versuch, Themen institutionenübergreifend zu bearbeiten. Hier richtet sich der Blick auch auf eher informelle Foren wie zum Beispiel die G20. Thematisch geht es zusätzlich auch um Fragen, die parallel in verschiedenen Foren verhandelt werden, wie zum Beispiel zur Reform der Unternehmensbesteuerung.

Die Aktivitäten sind eingebunden in ein Gesamtkonzept zur demokratischen und sozialen Gestaltung der Globalisierung, das von Berlin aus gesteuert wird und Aktivitäten in Berlin und an den weltweiten Standorten der Stiftung umfasst. Mit Hilfe des internationalen Büro-Netzwerks werden globale Instrumente für die Arbeit vor Ort nutzbar gemacht und umgekehrt Erfahrungen auf lokaler und nationaler Ebene in die Debatten bei den UN eingebracht. Ergänzt wird dies um Kooperationsvorhaben mit Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union (AU) oder dem Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN).

Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen zielt darauf ab, Partner der Stiftung aus dem progressiven Spektrum zu unterstützen, ihnen in internationalen Foren mehr Gehör zu verschaffen und ihrer Marginalisierung entgegenzuwirken. »Die Transformation unserer Welt« braucht die Perspektiven der Akteure aus dem globalen Süden, aus den Parlamenten, der Zivilgesellschaft, den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, um einen Strukturwandel hin zu mehr Gerechtigkeit, Frieden und Nachhaltigkeit zu befördern. ●

**Luise Rürup** ist die Leiterin des UN-Verbindungsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in New York.

**Hubert René Schillinger** ist Leiter des UN-Verbindungsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Genf.

# »Die UN noch aktiver unterstützen als bisher«

Vier Fragen an Staatsminister Niels Annen zu Deutschland im UN-Sicherheitsrat



**Deutschland wurde für die Jahre 2019/2020 zum sechsten Mal als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt. Was will Berlin in diesen zwei Jahren erreichen?**

Der Sicherheitsrat bleibt angesichts der vielen Krisen weiterhin unentbehrlich. Deutschland will im Sicherheitsrat Brückenbauer sein und seine Möglichkeiten nutzen, die multilaterale und regelbasierte Grundordnung zu verteidigen. Wir haben bewusst mehr Verantwortung übernommen und werden uns zu allen Fragen, die im Sicherheitsrat thematisiert werden, klar positionieren. Deutliche Akzente wollen wir bei Krisen- und Konfliktprävention, Klima und Sicherheit, Menschenrechte sowie Abrüstung setzen.

**Von Seiten Russlands und Chinas, aber auch jüngst der USA, gibt es Bestrebungen, die UN als maßgebliches Instrument der multilateralen Zusammenarbeit an den Rand zu drängen. Was tut Deutschland dagegen?**

Frieden und Sicherheit lassen sich nur wahren, wenn wir jenseits der aktuellen Konfliktbewältigung die drängenden Fragen unserer Zeit gemeinsam angehen. In einer Zeit, in der sich viele vom multilateralen System abwenden oder versuchen, es umzudeuten, sehen wir es daher als unsere wichtigste Aufgabe, die UN noch aktiver zu unterstützen als bisher. Wir brauchen eine regelbasierte multilaterale Weltordnung, in der Verträge eingehalten werden. Dafür stehen die UN.

Der Sicherheitsrat wird 2019/2020 zu einem Drittel aus europäischen Staaten bestehen. Dieses europäische Moment gilt es zu nutzen. Daher werden wir die Zusammenarbeit der EU-Staaten im Sicherheitsrat vorantreiben. Unser Ziel ist eine Europäische Union, die nach außen einheitlich auftritt und kohärent handelt.

**Mit der Wahl in den Sicherheitsrat »übernimmt die Bundesrepublik eine wichtige Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt«, heißt es von Seiten des Auswärtigen Amtes. Schließt dies auch verstärktes militärisches Engagement ein?**

Der Sicherheitsrat darf nicht erst aktiv werden, wenn es zu spät ist. Deswegen steht Deutschland für einen umfassenden Ansatz zur Konfliktbewältigung, vor allem Konfliktprävention. Menschenrechte, Klimawandel, globale Gesundheit und die Gleichberechtigung der Frau sind grundlegende Themen, wenn es um die Wahrung von Frieden und Sicherheit geht.

Deutschland trägt entscheidend zur Krisenprävention bei. Unsere Leitlinien von 2017 sind – auch international – ein unverzichtbares Referenzpapier.

Die Friedensmissionen der UN sind zur Stabilisierung unverzichtbar. Sie müssen aber effektiver werden und vor allem in ein umfassendes Konzept aus Präventions- und Nachsorgemaßnahmen eingebettet sein. In Mali tragen wir aktuell als zweitgrößter europäischer Truppensteller zur Stabilität des Landes bei und versuchen so, dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen. Unverzichtbar ist in jedem Fall aber ein stimmiges Konzept für die Zeit danach, um einen Rückfall in den Konflikt zu vermeiden.

Angeichts anhaltender Konflikte und einem globalen Trend zur Aufrüstung müssen die UN zudem verstärktes Augenmerk auf Abrüstung und Rüstungskontrolle legen.

**Im September 2019 wird das Hochrangige Politische Forum (HLPF) eine Zwischenbilanz der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ziehen. Ein neuer Bericht listet für Deutschland etliche notwendige Veränderungen auf. Was davon steht auf der außenpolitischen Agenda der Bundesregierung?**

Wir begreifen die Agenda 2030 als Querschnittsaufgabe. Diese gilt es, in Deutschland mit Partnern weltweit und multilateral – zuvörderst mit den Vereinten Nationen – umzusetzen. Wo gute Fachpolitik gefragt ist, hat Außenpolitik eine Moderatorenrolle, hilft, auch mit schwierigen Partnern im Gespräch zu bleiben, mit Gleichgesinnten Ziele voranzutreiben und Kompromisse auszuhandeln.

Nahezu alle Bereiche deutscher Außenpolitik sind geleitet von Ziel 16 »Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen«. In diesem Kernbereich schafft präventive Außenpolitik durch Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Stabilisierung die Voraussetzungen für weltweite nachhaltige Entwicklung in all ihren Dimensionen.

Dazu setzen wir uns international für starke Regelwerke, zum Beispiel im Bereich der Abrüstung, ein und engagieren uns bei Krisenprävention, Stabilisierungspartnerschaften und Kleinwaffenkontrolle.



Niels Annen ist Staatsminister im Auswärtigen Amt.

# Friedenspolitik wie Nelson Mandela

## Südafrika und Deutschland im UN-Sicherheitsrat

Von Anthoni van Nieuwkerk

**D**arf die Welt erwarten, dass die nichtständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats mit den ständigen Mitgliedern harmonisch zusammenarbeiten, um den Bedrohungen der internationalen Sicherheit entgegenzuwirken? Geht man von den weit auseinanderliegenden Positionen zu Syrien und der Ukraine aus, so scheint es, dass die Ratsmitglieder Russland und China sich in der einen Ecke verschanzt haben und die westlichen Mitglieder in der anderen. Es ist offensichtlich, dass die Regierung Donald Trump den Rat spaltet und seine Fähigkeit mindert, den Weltfrieden zu wahren.

Das sind keine guten Nachrichten für die nichtständigen Mitglieder. Während die Großmächte auf Zeit spielen, könnten sie gezwungen sein, sich auf eine der beiden Seiten zu schlagen, anstatt ihre eigenen Interessen zu verfolgen.

In den Jahren 2019 und 2020 werden Südafrika und Deutschland dem UN-Sicherheitsrat als nichtständige Mitglieder angehören. Es hat sich vieles verändert, seit die beiden Länder 2011 und 2012 zuletzt gemeinsam im Rat vertreten waren. Deutschland hat in Europa eine Führungsrolle inne und Südafrika verfügt über enormes Potenzial, zur führenden Nation Afrikas zu werden. Beide müssen in dem politischen Patt zwischen den USA, Russland und China, in dem so viel auf dem Spiel steht, diplomatisch behutsam auftreten. Deutschland wird sich als wichtiges EU- und NATO-Mitglied starkem politischen Druck kaum entziehen können. Berlin könnte daran gelegen sein, die Grundwerte friedlicher Konfliktlösung und Aussöhnung hervorzuheben – die Kernbotschaften Nelson Mandelas.

Die beiden Mittelmächte sollten sich auf eine werteorientierte Agenda konzentrieren, die auf drei Säulen beruht:

- 1. Verurteilung** der Weiterverbreitung nuklearer Waffen und einer Politik, die Gewaltkonflikte verlängert;
- 2. Förderung** der Menschenrechte, der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), der Konfliktlösung in Afrika durch Verhandlungen, humaner Lösungen für die globalen Migrationsbewegungen sowie einer politischen Lösung des Nahost-Konflikts;
- 3. Ermutigung** zu Vertrauen in das UN-System durch das Vorleben transformativen Verhaltens.

Südafrika hat zwei übergeordnete Prioritäten. Erstens muss es die Unterstützung für die afrikanische Friedens- und Sicherheitspolitik sicherstellen. Das betrifft Afrikas Bemühen, seine lokalen sowie die Konflikte mit internationaler Reichweite unter Kontrolle zu bringen, indem es Demokratie und Entwicklung gedeihen lässt. Zweitens ist Südafrika einem progressiven Internationalismus verpflichtet und daran interessiert, Partnerschaften im Kampf gegen Imperialismus, Rassismus und Sexismus sowie gegen ein System sozioökonomischer Ausbeutung aufzubauen.

Deutschland sollte weiterhin eng mit seinen afrikanischen Partnern im Rat zusammenarbeiten und die Vision einer Afrikanischen Union 2063 im Einklang mit der Agenda 2030 unterstützen. Wenn Staaten scheitern, hat das internationale Folgen und deshalb benötigen schwache Staaten in der Sahelzone, am Horn von Afrika und in der Region der Großen Seen in den kommenden Jahren anhaltende Unterstützung. Deutschland kann seinen Einfluss nutzen, um die übrigen Ratsmitglieder wachzurütteln, damit sie diesen Aspekt der afrikanischen Agenda vorantreiben.

Was die Bedrohung durch die Rivalität der Großmächte im Rat angeht, so muss sich Deutschlands und Südafrikas Ansatz an Mandela orientieren, insbesondere an seinem Bekenntnis zu den dauerhaften Werten der Ablehnung von Rassismus und Sexismus, des Friedens auf dem Verhandlungsweg sowie der Aussöhnung. Ein solcher Ansatz könnte genau der Impuls sein, der zu einer Neuausrichtung des UN-Systems hin zu einer am Menschen orientierten, effizienteren und fürsorglicheren Organisation führt. ●



**Professor Anthoni van Nieuwkerk** lehrt an der »Wits School of Governance« in Johannesburg und ist Mitglied im Lenkungsausschuss des »South African Council on International Relations«.

# »Der Austritt aus dem Iran-Atomabkommen ist Vertragsbruch«

Drei Fragen an die ehemalige UN-Abrüstungsbeauftragte Angela Kane

## Unberechenbarkeit in der US-Außenpolitik hat die Spannungen um die Atomprogramme von Nordkorea und Iran erhöht. Können die UN hier entschärfen?

Das ist meiner Ansicht nach sehr fraglich. Präsident Trump hat ganz bewusst die UN nicht unterstützt, sondern eine Politik verfolgt, die einen Regimewechsel in Iran und Nordkorea anstrebt. Im Fall Iran waren es die EU3+3, die das Abkommen 2015 ausgehandelt haben, welches vom UN-Sicherheitsrat mit Resolution 2231 ausdrücklich bekräftigt wurde. Der einseitige Austritt der USA – trotz der wiederholten Bestätigung der Internationalen Atomenergieorganisation IAEA, dass Iran alle Verpflichtungen erfüllt – ist daher ein Bruch eines internationalen Vertrags. Und seit die USA am 6. August 2018 einseitig Sanktionen verhängt haben, muss man befürchten, dass das Abkommen auseinanderbricht. Bezüglich Nordkoreas haben die USA immer im Alleingang verhandelt. Trump hat seine Verbündeten, Südkorea und Japan, nicht von seinen Vorhaben unterrichtet. Und da die Vereinten Nationen vom Weißen Haus nicht geschätzt werden, glaube ich nicht, dass die UN eine entschärfende Rolle spielen können.

## Hat der Atomwaffensperrvertrag noch eine Zukunft?

Auch wenn sich das internationale Klima für nukleare Abrüstung verschlechtert hat, muss der Atomwaffensperrvertrag in meinen Augen eine Zukunft haben. Der Vertrag ist ein Eckpfeiler der Nichtverbreitung von Atomwaffen. Artikel VI besagt, dass jede Vertragspartei sich verpflichtet, über die Beendigung des nuklearen Wettrüstens und über die nukleare Abrüstung zu verhandeln. Aber es hat nie multilaterale nukleare Abrüstung gegeben, immer nur bilaterale Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion beziehungsweise Russland. Auch die liegen jetzt auf Eis, stattdessen modernisieren alle Atomkräfte für Billionen von Dollar ihre Arsenale.

Die Atomkräfte sehen den Besitz von Atomwaffen als ihr unveräußerliches Recht und scheinen an einer totalen Abschaffung nicht interessiert. Dass der Atomwaffensperrvertrag in fast 50 Jahren zwar zur Reduzierung, aber nicht zu Verhandlungen über totale Abrüstung geführt hat, hat einige Länder dazu gebracht, einen anderen Weg einzuschlagen. Aus der Überprüfungskonferenz des Sperrvertrags im Jahr

2010 entstanden Verhandlungen über einen Atomwaffenverbotsvertrag, der im Juli 2017 von einer Zweidrittelmehrheit der UN-Generalversammlung angenommen wurde.

## Sollte Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.

Ich finde es bedauerlich, dass sich weder die fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder (P5) noch die Mitglieder der NATO, Deutschland eingeschlossen, an diesem Prozess beteiligt haben. Die P5, vor allem die USA, Frankreich und Großbritannien, haben sich zudem sehr spöttisch über den Atomwaffenverbotsvertrag geäußert und gesagt, solange die Atomwaffenländer nicht beitreten, hat der Vertrag keine Zukunft und keine Gültigkeit. Dem halten die Unterstützer entgegen, es sei eine Norm gegen ein Massenvernichtungsmittel und das müsse sich durchsetzen.

Wenn man sich die Meinungsumfragen in Deutschland anschaut, dann möchten knapp zwei Drittel der Befragten keine Atomwaffen haben und über die Hälfte verlangt, dass die Bundesregierung dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrete. Man muss sich erst mit dem transatlantischen Bündnis auseinandersetzen. Können und sollen Deutschland und die anderen Verbündeten sich noch auf die USA verlassen? Ich würde gerne eine offene Debatte hierüber sehen, aber leider werden Atomwaffen von Themen wie Brexit oder Migrationsfragen verdrängt.



Angela Kane hat 38 Jahre auf verschiedenen Posten in den Vereinten Nationen gearbeitet. Zuletzt war sie bis zu ihrem Ausscheiden 2015 die Hohe Beauftragte für Abrüstungsfragen. Heute ist sie u. a. Senior Fellow am Vienna Center for Disarmament and Non-Proliferation.

Die Fragen stellte Volker Lehmann, Senior Policy Analyst, FES New York.



DIE MEINUNG

## Kollektives Veto gegen Untätigkeit

### Warum die Reform der Vereinten Nationen zur Priorität werden muss

Von Natalie Samarasinghe

**D**ie Wahl des UN-Generalsekretärs war 70 Jahre lang intransparent und in keiner Weise mit den Werten der Vereinten Nationen vereinbar. Der Sicherheitsrat empfahl den übrigen UN-Mitgliedern einen Kandidaten zum Abnicken. Die Wahl folgte allein den Anforderungen der fünf ständigen Mitglieder (P5) China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA.

2013, drei Jahre vor der Ernennung im Jahr 2016, gründeten die britische UN-Gesellschaft (UNA-UK), die FES New York und andere Institutionen die Kampagne »1 for 7 Billion«, um den Auswahlprozess zu verbessern. »1 for 7 Billion« warb breit um Unterstützung für pragmatische Vorschläge. Dazu zählten eine öffentliche Liste von Kandidat\_innen mit Lebenslauf und einer Erklärung, in der sie ihre Zukunftsvision darlegen, sowie öffentliche Anhörungen, an denen alle Mitgliedstaaten und die Zivilgesellschaft beteiligt sind.

Mit ihren Vorschlägen rannte die Kampagne bei vielen Staaten offene Türen ein, die von dem unfassbar langsamen Tempo anderer Reformen ebenso frustriert waren wie über den Würgegriff der P5 bei der Besetzung von UN-Spitzenposten. Auch in der Öffentlichkeit stießen die Vorschläge auf großes Echo. »1 for 7 Billion« fand die Unterstützung von 200 Millionen Menschen.

Zwei Jahre später verabschiedete die Generalversammlung eine Resolution, die viele unserer Vorschläge enthielt. Die größte Veränderung stellten die Anhörungen der Kandidaten dar. António Guterres galt lange Zeit nicht als Favorit auf das Amt. Das änderte sich erst mit seinem starken Auftritt.

Akteure aus der Zivilgesellschaft waren hochofrend, dass ein Kandidat mit so großer Erfahrung aus dem Verfahren hervorging, doch sie waren sich auch der Grenzen des

Prozesses bewusst. Dass die Wahl schließlich auf den populärsten Kandidaten fiel, war womöglich für die P5 der leichteste Weg, die Kontrolle zurückzuerlangen. So bevorzugt auch Guterres seit seinem Amtsantritt im Januar 2017 wie seine Vorgänger bei der Besetzung von UN-Spitzenposten die fünf ständigen Mitglieder.

Bedauerlich ist zudem, dass die Forderung, Generalsekretäre nur für eine Amtszeit zu berufen, nicht umgesetzt wurde. Wir halten an der Forderung fest, denn das würde deren Position stärken, dem Druck der ständigen Mitglieder standzuhalten.

Doch die eigentlichen Probleme der UN sind nicht struktureller, sondern politischer Natur. Guterres arbeitet hart daran, sie zu lösen, etwa durch Maßnahmen wie die »Action for Peacekeeping«, die darauf abzielen, politische Unterstützung zu gewinnen. UNA-UK arbeitet ihrerseits an einer Kampagne, weg von der Flickschusterei am System, damit die Staaten ihr Verhalten verbessern. Es ist an der Zeit, dass wir, die Völker der UN, unser kollektives Veto einlegen und von unseren Regierungen verlangen, die Reform der Vereinten Nationen zur Priorität zu machen. ●



**Natalie Samarasinghe** ist Geschäftsführerin der United Nations Association – UK (UNA-UK) und Mitbegründerin der Kampagne »1 for 7 Billion«.

# 600 Milliarden Dollar mehr gefällig?

## Ein weltweites Finanzregister könnte massive Steuerflucht eindämmen

Von José Antonio Ocampo

**K**önnen Sie sich vorstellen, um wie viel sich öffentliche Leistungen wie Bildung, Gesundheitsfürsorge, Trinkwasserversorgung und sanitäre Einrichtungen mit 600 Milliarden US-Dollar verbessern ließen? Dieser Betrag entgeht Staaten rund um den Globus jedes Jahr an Steuereinnahmen, weil Unternehmen ihre Gewinne in Steueroasen verschieben.

Nach Berechnungen des Ökonomen Gabriel Zucman sind das fast 20 Prozent der Körperschaftssteuereinnahmen, die jährlich in den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union erhoben werden. Multinationale Konzerne legen die Preise für Transaktionen zwischen ihren Tochtergesellschaften so fest, dass ihre Gewinne in den Ländern mit geringeren Steuersätzen versteuert werden – und damit nicht immer dort, wo die Wertschöpfung tatsächlich stattfindet.

Mit der Globalisierung im Finanzsektor haben sich die Möglichkeiten der Steueroptimierung für multinationale Unternehmen vervielfacht. Heutzutage können sie dank einer mächtigen Industrie von Vermittlern enorme Gewinne in einigen wenigen Steueroasen konzentrieren. Zucman schätzt, dass mehr als 40 Prozent der Gewinne multinationaler Unternehmen in Steueroasen transferiert werden. Und diese Verfahren sind so komplex, dass es fast unmöglich ist nachzuerfolgen, wohin das Geld fließt.

Um diese durch Tricksereien entgangene Steuern auszugleichen, tragen die Mittelschicht und die Arbeiterklasse eine höhere Steuerlast, was es ihnen erschwert, Geld zu sparen und Vermögen aufzubauen. So führt diese Praxis dazu, dass die Ungleichheit weltweit zunimmt. Seit 1980 hat das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung doppelt so viel verdient wie die ärmsten 50 Prozent zusammen.

Zehn Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts sind in Form von Depots, Anteilen, Wertpapieren und Investmentfonds in Steueroasen versteckt. Und das ist nur eine konservative Schätzung. Die Konzentration des Reichtums in Steueroasen reduziert nicht nur die öffentlichen Einkommen. Sie lässt die Achtung vor dem Recht erodieren und sie führt dazu, dass weniger Jobs geschaffen werden, weil sie jene begünstigt, die ihren Reichtum ins Ausland schaffen, statt ihn in den Ländern zu investieren, in denen sie das Einkommen generiert haben.



Im Kampf gegen Steueroasen sind daher echte Fortschritte nötig. Die Unabhängige Kommission für die Reform der internationalen Konzernbesteuerung (ICRICT) ist davon überzeugt, dass dieses Problem international gelöst werden muss. Ein weltweites Finanzregister der wahren und endgültigen finanziellen Nutznießer dieser Firmen, Konten und Immobilien wäre eine entscheidende Maßnahme im Kampf gegen das Problem. Auf diese Weise ließen sich Steuerflucht, Geldwäsche und sogar die Finanzierung von Terrorismus verringern. Mehrere Länder haben bereits solche Register eingerichtet oder bitten darum, dass die entsprechenden Informationen in Handelsregistern aufgenommen werden. Doch solche Register erfüllen Transparenzstandards nicht immer im vollen Umfang.

Wenn alle Länder Zugang zu Informationen über die wahren finanziellen Nutznießer hätten, wäre das Vorhaben sinnlos, Geld hinter einer Kette verschiedener Rechtsformen zu verstecken. Tatsächlich wäre es dann multinationalen Unternehmen nicht mehr möglich, Gewinne auf betrügerische Weise in Steueroasen zu verschieben. Zudem wäre dies ein wichtiger Beitrag, um eine gerechtere Verteilung von Vermögen und Einkommen zu erreichen. Aus diesen Gründen sollte die Entwicklung eines solchen Registers die zentrale Achse einer besseren steuerlichen Kooperation zwischen allen Ländern der Welt bilden. ●



Nähere Informationen:  
→ [www.icrict.com](http://www.icrict.com)

**José Antonio Ocampo** ist Vorsitzender der Unabhängigen Kommission für die Reform der internationalen Konzernbesteuerung (ICRICT).



PERSPEKTIVE

## Gegen den Trend Wirtschaftswachstum und weniger Ungleichheit sind erreichbar

Von Marilou Uy

**W**irtschaftswachstum hat in den vergangenen Jahrzehnten in den meisten Ländern den Lebensstandard erhöht und sehr viele Menschen aus der Armut geholt, doch gleichzeitig wuchs auch die Ungleichheit. Mehr Ungleichheit muss aber nicht der zu zahlende Preis von Wachstum sein. Der »World Inequality Report 2018« zeigt, dass die Ungleichheit in Ländern je nach Entwicklungsgrad in unterschiedlichem Tempo zunahm. Politik und Institutionen haben also Einfluss auf die Gestaltung fairer Gesellschaften. Studien des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben zudem gezeigt, dass geringere Ungleichheit mit schnellerem Wachstum und längeren Wachstumsschüben einhergeht. Die Herausforderung, Wachstum zu fördern und gleichzeitig Ungleichheit zu verringern, ist Gegenstand einer gemeinsamen Forschungsinitiative der G-24, einer zwischenstaatlichen Gruppe von Entwicklungsländern, und der FES.

Das Streben nach einem Wachstum, das alle mitnimmt und Arbeitsplätze schafft, zählt in Entwicklungsländern zu den wichtigsten politischen Zielen. Allerdings fallen die Fortschritte bislang unterschiedlich aus. In vielen ostasiatischen Ländern ist die Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten rasch gewachsen, was vor allem an schneller Industrialisierung und wachsender Handelsliberalisierung lag. Für andere Länder ist der Weg zu einem Wandel, der produktive Jobs für ihre Bevölkerung im Erwerbsalter schafft, nach wie vor schwer zu fassen. Die Afrikanische Entwicklungsbank schätzt, dass Subsahara-Afrika seine Wachstumsrate verdoppeln muss, um genügend Jobs zu schaffen. In den nächsten Jahren müssen die Entwicklungsländer das Potenzial von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen besser nutzen, um ein Wachstum, das allen zugutekommt, zu generieren.

Technologischer Wandel und Handel tragen zu steigender Produktivität bei, doch sie führen auch zu größeren Unterschieden bei Einkommen und Vermögen. In Asien profitiert der Kapitalektor mehr vom Wachstum als der Arbeitssektor,

Fachkräfte profitieren mehr als Hilfsarbeiter und Küstenregionen mehr als das Binnenland. In einigen Entwicklungsländern könnte die Ungleichheit durch einen sinkenden Anteil der Arbeitseinkommen und eine sich öffnende Einkommensschere zunehmen. Mit dem technologischen Wandel ändert sich das Wesen der Arbeit. Um die darin liegenden Chancen zu nutzen und die Risiken zu steuern, werden Reformen nötig sein, welche berufliche Qualifizierungen erleichtern, die Arbeitsmobilität erhöhen und wirksame soziale Sicherungsnetze schaffen.

Entwicklungsländer können ihre Steuerpolitik danach ausrichten, Ungleichheit zu reduzieren. Effizientere und progressive Besteuerung können die Verteilung ebenso beeinflussen wie öffentliche Ausgaben.

Und schließlich spielt die Weltgemeinschaft eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, faires Wachstum in Entwicklungsländern zu unterstützen. Die Internationalen Finanzinstitutionen sollten ihre Arbeit daran ausrichten, Länder in ihrem Streben nach einem inklusiveren Wachstum zu unterstützen. Weil sich die Globalisierung im Finanzsektor stark auf Ungleichheit auswirkt, müssen Maßnahmen besser koordiniert werden, die die negativen Folgen von stark schwankenden Kapitalflüssen abfedern. Effektive internationale Zusammenarbeit und ein faires globales Steuersystem müssen die Entwicklungsländer vor einer Erosion ihrer Steuerbasis schützen. Und das multilaterale Handelssystem sollte weiterhin allen Ländern die Chance geben, vom Wachstum zu profitieren. ●



**Marilou Uy** ist Direktorin in der »Inter-governmental Group of Twenty-Four on International Monetary Affairs and Development« (G-24) in Washington, D.C.



KOMMENTAR

# Die WTO am Abgrund? Ob Reformen die WTO retten können, ist derzeit unklar

Von Hubert René Schillinger

**D**ie von den USA angezettelten Handelskonflikte haben die Welt der Wirtschaft in den letzten Monaten in helle Aufregung versetzt. »Der Welthandel am Rande eines Nervenzusammenbruchs« titelte etwa die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) schon im Mai. Betroffen sind nicht nur die bilateralen Beziehungen der USA mit ihren Handelspartnern, sondern das gesamte System des regelbasierten Welthandels, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatte und heute von der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation WTO verkörpert wird.

Eines der wichtigsten Instrumente der WTO ist der Streitschlichtungsmechanismus. Diesem »Handelsgericht« droht nun das Aus, seitdem die USA die turnusgemäße Neubesetzung von Richtern der Berufungsinstanz systematisch blockieren. Spätestens Ende 2019 könnte Schluss sein. Die USA werfen dem Gremium u. a. Mandatsüberschreitung vor. Im Kern geht es darum, dass Klagen gegen US-amerikanische Antidumpingverfahren in der Regel stattgegeben wurden. Die Arbeit des Streitschlichtungsmechanismus ist einer der Kritikpunkte, weswegen US-Präsident Trump wiederholt mit dem Austritt droht, sollte sich nichts ändern.

Unklar ist, ob das Weiße Haus mit Reformen zufrieden ist oder ob das gesamte System zum Einsturz gebracht wird. Die Stoßrichtung scheint klar: mehr »Beinfreiheit« für nationale Politik zum Schutz der US-Wirtschaft einerseits sowie härtere und strikter kontrollierte Regeln für China und andere Schwellenländer andererseits. Letztere sollen auch nicht länger unter die Sonderregelungen für Entwicklungsländer (»Special and Differential Treatment«) fallen.

Die Blockadepolitik und die ständigen Austrittsdrohungen der immer noch größten Wirtschaftsmacht aus der von ihr maßgeblich geprägten Welthandelsorganisation haben den Odem der Krise, der die WTO seit Langem umweht, massiv verstärkt. Diese Krise schwelt nicht erst seit der Minister-

konferenz von 2015, auf der das faktische Scheitern der seit 2001 laufenden weitestgehend ergebnislosen Verhandlungsrunde (»Doha-Runde«) in der Abschlusserklärung erstmals offen zu Tage trat. Die Doha-Runde war in Reaktion auf den 11. September 2001 als »Entwicklungsrunde« aufs Gleis gesetzt worden. Sie hatte nicht nur bei den Entwicklungsländern, die sich mehrheitlich bei der Gründung der WTO »über den Tisch gezogen« fühlten, Erwartungen geweckt, die sich bisher nicht erfüllt haben.

»Die WTO steht vor dem Abgrund« war daher Anfang August 2018 wiederum in der NZZ zu lesen, aber auch, dass mögliche Rettung naht. Den weißen Ritter will die EU spielen. So hat Anfang Juli 2018 die Kommission in einem internen Papier umfangreiche Vorschläge zur »WTO-Modernisierung« vorgelegt. In Sachen Regelwerk nehmen diese bei Themen wie Transparenz, Staatsunternehmen, Subventionen, die sich eindeutig gegen chinesische Praktiken richten, wie auch bei weiteren Punkten die aus den USA kommende Kritik fast eins zu eins auf. Hat Trump am Ende doch recht? Man möge sich erinnern, dass vor nicht allzu langer Zeit europäische Politiker in Reaktion auf Trump und für den Erhalt des Multilateralismus zum Schulterschluss mit China aufgerufen hatten.

Welches Schicksal den aktuellen Reformbemühungen in Sachen WTO beschieden sein wird, ist derzeit nicht abzusehen. Schwer vorstellbar ist allerdings, dass die von der Kommission zur Diskussion gestellten Reformen – die in den USA größtenteils auf Wohlwollen stoßen dürften – bei der breiten Masse der 164 WTO-Mitgliedstaaten, die aus Entwicklungsländern besteht, auf Gegenliebe hoffen kann. ●

**Hubert René Schillinger** ist Leiter des UN-Verbindungsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Genf.

# »Wichtiger als je zuvor«

## Generaldirektor Guy Ryder über die nächsten 100 Jahre Internationale Arbeitsorganisation

2019 begeht die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ihr 100-jähriges Jubiläum. Damit die Organisation ihrem Auftrag, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, auch im 21. Jahrhundert gerecht werden kann, hat die ILO die Initiative »Future of Work« (Die Zukunft der Arbeit) gestartet, die sich mit der sich rasant wandelnden Arbeitswelt befasst.

### Knapp 100 Jahre nach ihrer Gründung: Wie sieht die internationale Rolle der ILO heute aus?

Unsere Gesellschaften werden zunehmend ungleicher – sie entfernen sich von dem Ideal der sozialen Gerechtigkeit, zu deren Förderung die ILO einst gegründet wurde. Ich beobachte in vielen Ländern eine Zunahme an ungewöhnlichem Wahlverhalten als ein Aufbegehren der Besitzlosen, von Menschen, die das Gefühl haben, nicht von der Globalisierung zu profitieren. Und ich glaube, dass sich diese Frustration sehr stark aus den Arbeitserfahrungen der Menschen speist, unabhängig davon, ob es sich dabei um ihren Ausschluss vom Arbeitsmarkt handelt oder um eine Arbeit unter für sie inakzeptablen Bedingungen. Das sogenannte Standardarbeitsverhältnis, also Vollzeit, unbefristet, bei einem festen Arbeitgeber, ist für viele Menschen inzwischen Vergangenheit.

Gleichzeitig haben sich die Produktionsprozesse geographisch verlagert. Die zunehmende Bedeutung globaler Lieferketten, die Aufteilung der Produktion auf verschiedene Unternehmen und über Grenzen hinweg, aber auch neue Muster zur Organisation von Produktionsprozessen aufgrund neuer Technologien sind alle Bestandteile dieses Phänomens.

Angesichts dieser weitreichenden Veränderungen müssen wir uns alle, einschließlich der ILO, aktiv in Stellung bringen. Die Initiative »Future of Work« hat hier das Potenzial, die Zukunft so zu gestalten, wie wir sie uns wünschen. Dies kann aber nur gelingen, wenn politische Programme und Maßnahmen ein nachhaltiges und integratives Wachstum fördern und Lösungen für die Herausforderungen finden, indem sie menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen.

### Was sind Ihre wichtigsten Themen in den kommenden Jahren?

Das derzeitige Tempo, der Umfang und die Intensität der Veränderungen in der Arbeitswelt sind beispiellos. Manche Jobs werden verschwinden, dafür werden neue Jobs entstehen. Wir müssen uns auf die Weiterbildung von Arbeitnehmer\_innen konzentrieren, damit sie von den neuen Arbeitsplätzen profitieren. Wir müssen aber auch nach der Qualität von Jobs fragen. Nehmen wir das Beispiel der Plattform-Ökonomie:

Hier brauchen wir einen stärkeren sozialen Dialog zwischen Regierungen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern über anständige Arbeitsbedingungen und den Zugang zu angemessener sozialer Absicherung.

Es gibt etliche weitere Herausforderungen, die ich nennen könnte. Eine der drängendsten ist der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern. Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz ist ein weiteres Thema, mit dem sich die ILO beschäftigt. Zudem müssen wir mehr anständige Arbeitsplätze insbesondere für die Jugend schaffen, die informelle Arbeit reduzieren, unseren Kampf gegen Zwangsarbeit und Kinderarbeit fortsetzen und die Sicherheit am Arbeitsplatz weiter verbessern. Ich denke, diese Beispiele zeigen, dass unsere Existenz wichtiger ist als je zuvor.

### Um strategisch auf die Veränderungen der Arbeitswelt reagieren zu können, haben Sie die bereits erwähnte »Future of Work«-Initiative ins Leben gerufen. Aktuell arbeitet eine globale Kommission an einem Bericht. Welches Ergebnis erwarten Sie?

Der Bericht soll das Ausgangsmaterial für nationale Veranstaltungen in den Ländern dieser Welt bereitstellen, damit die drei in der ILO vertretenen Mitgliedsgruppen im Juni 2019 zu der Jubiläumskonferenz ihre Kommentare und Erfahrungen einbringen können. Wir wollen einen Katalog an Handlungsempfehlungen anbieten. Unsere Aufgabe besteht darin, auf die unserer Meinung nach erforderlichen Maßnahmen hinzuweisen und die Akteure – Regierungen sowie die Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern – dazu anzuhalten, diesen ihre ganze Aufmerksamkeit und Kraft zu schenken.

Weitere Informationen:

→ [www.ilo.org/global/topics/future-of-work](http://www.ilo.org/global/topics/future-of-work)



**Guy Ryder** ist seit 2012 Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf.

Einführung und Fragen von **Hubert René Schillinger**, Leiter des UN-Verbindungsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Genf.

# Ein Fels in der Brandung – der UN-Menschenrechtsrat

Von Theodor Rathgeber



**M**it dem für die Trump-Regierung gewohnten Paukenschlag verkündeten die USA am 19. Juni 2018 ihren sofortigen Rückzug aus dem UN-Menschenrechtsrat. Die schlimmsten Menschenrechtsverletzer der Welt saßen darin. Der Rat leiste sich eine chronische Parteilichkeit gegen Israel und unternehme nichts in Sachen Reform. Auf den ersten Blick scheint diese Kritik gar nicht so verkehrt. Wenngleich das angeblich kompromisslose Vorgehen der US-Regierung für Menschenrechte zu diesem Zeitpunkt Nordkorea und Saudi-Arabien aussparte.

Es stellt sich durchaus die Frage, was der Menschenrechtsrat in seiner nunmehr zwölfjährigen Existenz seinem Mandat entsprechend vorzuweisen hat. Er soll über schwere, systematisch betriebene Menschenrechtsverletzungen berichten, sie analysieren und dokumentieren sowie politisch so darauf reagieren, dass Verletzungen schon im Vorfeld oder ihre Fortführung verhindert und Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden können. Kann das gelingen, wenn Staaten wie China, Venezuela oder Saudi-Arabien Mitglieder sind?

Ted Piccone von der Brookings Institution in Washington, D. C., kam schon 2015 zu Ergebnissen, die überraschen mögen: Seit 2007 setzt sich zusehends konstanter eine deutliche Mehrheit (74–85 Prozent) der 47 jeweils für drei Jahre von der UN-Generalversammlung gewählten Mitglieder aus Staaten zusammen, die laut Freiheitsindex von Freedom House als freiheitlich oder teilweise freiheitlich einzustufen sind. Insbesondere Staaten aus Afrika (etwa Sambia, Ghana, Sierra Leone) haben immer wieder ihren demokratischen Prozess im Land in die Arbeit des Rates eingebracht und knappe Mehrheiten bei Länder- wie thematischen Resolutionen gestützt; beispielsweise zu Belarus, Iran oder sexueller Orientierung.

Für autoritäre Regierungen ist es schwerer geworden, Kritik zu unterbinden. China lässt zwar nichts unversucht, um chinesische Dissident\_innen an mündlichen Stellungnahmen während der Sitzung zu hindern. Im Unterschied zu den ersten beiden Jahren des Menschenrechtsrats kann sich die Regierung jedoch nicht mehr darauf verlassen, dass ihr eine

Ratsmehrheit bei einem Votum etwa über einen Antrag zur Geschäftsordnung folgen würde. Die chinakritischen Stellungnahmen können inzwischen bis zum Ende vorgetragen werden. In ähnlicher Weise versucht die russische Regierung seit drei Jahren, mit einer Flut von Änderungsanträgen Resolutionen etwa zum Thema zivilgesellschaftliche Beteiligung zu torpedieren. Auch hier fehlen die vormaligen sicheren Mehrheiten.

Unter Einschluss der Sonderberichterstatter, Fact-Finding-Missionen und der periodischen Länderüberprüfung verfügt der Rat über ein Berichtswesen und Beobachtungssystem, das kaum eine Frage nach Ursachen, Schwere und Verantwortlichkeit offenlässt. Seit der ersten Sitzung im Jahr 2006 wurden rund 20 neue Mandate für Sonderberichterstatter eingerichtet, obgleich bis 2008 noch um den Bestand dieser Posten gezittert werden musste. Die 16 Berichte und Analysen zu Syrien seit 2012 haben den Krieg nicht beenden können. Doch sie enthalten alles Notwendige, um Kriegsverbrecher dereinst vor Gericht zu bringen oder die Täter\_innen bereits jetzt mit Sanktionen zu belegen.

Ohne Zweifel bleibt das Handeln des Menschenrechtsrats ambivalent und seine Schwächen sind bekannt. Im Vergleich mit anderen UN-Institutionen kommt der Rat der Erfüllung seines Mandats gleichwohl entschieden näher und ist zusammen mit den neun Menschenrechtsausschüssen geradezu ein Fels in der Brandung, die normative Standards zu unterspülen droht. Die größte Gefahr droht dem Menschenrechtsrat paradoxerweise von seinem – relativen – Erfolg: Die Arbeit scheint in der gewohnten Form nicht mehr finanzierbar. Das wäre allerdings eine besonders makabre Ironie des Schicksals. ●



**Dr. Theodor Rathgeber** ist als wissenschaftlicher Autor tätig und veröffentlicht u. a. bei der FES Texte zu Funktion und Reform des UN-Menschenrechtsrats.

## STUDIE

# Menschenrechte in Handelsverträgen

Von Yvonne Bartmann und Lily Sommer

**H**andelsverträge werden traditionell von Handelspolitikern ausgehandelt. Das klingt plausibel, ist es aber nur bedingt. Da die Auswirkungen eines Handelsvertrags gesamtgesellschaftlicher Natur sind, müssen während des Prozesses Akteure aus der gesamten Gesellschaft einbezogen werden.

Eine Regierung sollte vor Vertragsabschluss wissen, ob es Sektoren gibt, die besonderer Schutzmaßnahmen bedürfen, und welche Rechte es zu schützen gilt. Die Verhandlungspartner müssen im Detail wissen, wie die wirtschaftliche Struktur aussieht, welche Personen potenzielle Verlierer sein könnten und wie diese nicht zu solchen werden oder wie ihnen geholfen werden kann.

Das Werkzeug dazu ist eine menschenrechtliche Folgenabschätzung (ex-ante Human Rights Impact Assessments – HRIA). Sie ermöglicht einen Blick durch die Menschenrechtsbrille auf Handelspolitik. Jene, die womöglich unter dem Radar eines Wirtschaftsministeriums liegen und keine Lobby haben, können so sichtbar gemacht werden. Anders, als in Handelsverträge nicht handelsbezogene Kapitel wie zu Nachhaltigkeit einzufügen und dabei die Verträge im alten Design zu belassen, zielt ein ex-ante HRIA auf eine strukturelle Änderung des Vertrages und des Verhandlungsprozesses.

Im Rahmen der Verhandlungen zum Afrikanischen Freihandelsabkommen (AfCFTA) wurde dies in enger Partnerschaft mit der UN-Wirtschaftskommission für Afrika, dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte und dem Genfer FES-Büro von 2014 bis 2017 durchgeführt. In mehreren Workshops und Konsultationen sowie mithilfe der Expertise der beauftragten Berater und Organisationen konnten konkrete Politikempfehlungen formuliert werden. ●

↓ [www.fes-globalization.org/geneva/documents/2017/2017\\_07\\_CFTA\\_HRIA\\_Publication.pdf](http://www.fes-globalization.org/geneva/documents/2017/2017_07_CFTA_HRIA_Publication.pdf)

**Yvonne Bartmann** ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im UN-Verbindungsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Genf und dort u.a. für den Bereich Handel und Entwicklung zuständig.



**Lily Sommer** ist Expertin für Handelspolitik beim »African Trade Policy Centre« der Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen in Addis Abeba, Äthiopien.

## ANALYSE

# Soziale Rechte und nachhaltiger Frieden

Von Hannah Peters

**F**rieden und Sicherheit sind Kernanliegen der Vereinten Nationen. Weit oben auf der UN-Agenda steht derzeit das Konzept der »Aufrechterhaltung des Friedens« (sustaining peace). Das »Sustaining Peace«-Konzept umfasst alle Stadien eines bevorstehenden, eines bereits eingetretenen oder eines beendeten Gewaltkonflikts, nach dessen Ende die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden noch geschaffen werden müssen.

Anhand der Beispiele Kolumbien, Philippinen, Ukraine und der Demokratischen Republik Kongo wird in einer neuen Studie aufgezeigt, wie die Einhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (WSK-Rechte) zu nachhaltiger Friedensförderung beitragen kann.

Zwei Kernpunkte des Konzepts sind eine gründliche Ursachenanalyse und die effektive Prävention gewaltsamer Konflikte. Hier sind WSK-Rechte oft der Schlüssel, umfassen sie doch elementare Grundlagen für ein Leben in Sicherheit in Form etwa des Zugangs zu Nahrung, Gesundheit, Wohnen, Land, bezahlter Arbeit oder Bildung. Ein nachhaltiger Frieden ist also ein Frieden, der von sozialer Gerechtigkeit geprägt ist. Wo diese Gerechtigkeit schwach oder bedroht ist, ist die Saat für gewaltsame Konflikte gesät. ●



↓ <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/genf/14400.pdf>

**Amanda Cahill-Ripley** und **Diane Hendrick**, Economic, Social and Cultural Rights and Sustainable Peace: An Introduction, Friedrich-Ebert-Stiftung, Quaker United Nations Office, and Lancaster University, Geneva/Lancaster, März 2018

**Hannah Peters** ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin/Programme Manager im UN-Verbindungsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Genf. Sie ist dort für die Themenbereiche Menschenrechte und Abrüstung/Sicherheitspolitik zuständig.

# In hohem Maße »menschenrechts- blind«

## Warum Austeritäts- politik oft die Menschenrechte verletzt

Von Juan Pablo Bohoslavsky



Seit den 1980er Jahren herrscht zunehmend Konsens, dass nicht nur Wirtschafts- und Finanzkrisen erhebliche Auswirkungen auf die Menschenrechte haben können, sondern auch die Spar- und Strukturpolitik, die eigentlich der Vorbeugung oder Überwindung solcher Krisen dienen sollen.

Während meines Aufenthalts in Griechenland im Dezember 2015, wo ich im Auftrag des UN-Menschenrechtsrats die Auswirkungen der von den Gläubigern verordneten Sparpolitik untersucht habe, erfuhr ich zum Beispiel, dass einige Menschen dort so verzweifelt waren, dass sie sich absichtlich mit dem HI-Virus infizierten, um an staatliche Unterstützung zu gelangen.

Offizielle Menschenrechtsbeobachter weisen in ihren Berichten immer wieder auf konkrete Fälle hin, in denen Haushaltskürzungen nicht nur zu einem Abbau wirtschaftlicher und sozialer Rechte wie etwa der Rechte auf Gesundheit, Arbeit oder soziale Sicherung führen, sondern auch zur Einschränkung bürgerlicher und politischer Rechte wie der Meinungs-, der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit. Selbst das Recht auf Leben war hiervon nicht ausgeschlossen. So wurde Patienten durch den einsparungsbedingten Zusammenbruch des öffentlichen Gesundheitswesens die lebensrettende Krankenversorgung verwehrt. In der Regel sind von den negativen Folgen der Sparmaßnahmen jene betroffen, die auf öffentliche Leistungen besonders angewiesen sind, wie Arme, Menschen mit Behinderungen, Kinder von Alleinerziehenden oder Geflüchtete.

Der Austeritätspolitik liegt häufig eine allzu vereinfachte und irreführende Diagnose der Ursachen eines übermäßigen Haushaltsdefizits zugrunde. Meist werden exzessive Ausgaben verantwortlich gemacht, auch dort, wo es sich um Einnahmenausfälle handelt, die beispielsweise finanzieller Deregulierung, Steuerflucht von Unternehmen oder anderer Globalisierungsfolgen geschuldet sind. Darauf aufbauende

fiskalpolitische Entscheidungen wiederum werden oft ohne ausreichende Erwägung alternativer und weniger menschenrechtsverletzender Optionen getroffen und ohne eine systematische Folgenabschätzung. Staatliche Sparpolitik ist daher mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf Defizitabbau und ausgeglichene Haushalte in hohem Maße »menschenrechtsblind«.

Bis heute existiert noch kein allgemein anerkannter Rahmen und keine etablierte Methode zur Abschätzung menschenrechtlicher Folgen von Wirtschaftsreformpolitiken. Dies erschwert es, die Wirkungen bestimmter Politikansätze und Reformen im Vorhinein abzuschätzen. Seit 2017 arbeite ich daher an solchen Leitprinzipien. Dabei werde ich auch von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt. In meinem ersten Bericht dazu lag der Schwerpunkt auf den Folgen staatlicher Austeritätspolitik für die Arbeitnehmerrechte. Im März 2018 präsentierte ich einen »Mapping Report«, in dem die bisher bekannten Instrumente zur Evaluierung menschenrechtlicher und anderer Folgen von Politik miteinander verglichen werden. Derzeit arbeite ich an einem Bericht zum Thema Frauenrechte und Austerität, der im Herbst der UN-Generalversammlung vorgelegt wird. All diese Berichte sind Bausteine für die Leitprinzipien, die im März 2019 dem Menschenrechtsrat in Genf vorgelegt werden sollen. ●



**Juan Pablo Bohoslavsky** ist »United Nations Independent Expert on Foreign Debt and Human Rights«.

Weitere Informationen zu seinem Mandat:

→ [www.ohchr.org/EN/Issues/Development/IEDebt/Pages/IEDebtIndex.aspx](http://www.ohchr.org/EN/Issues/Development/IEDebt/Pages/IEDebtIndex.aspx)

# Chefsache Agenda 2030

## Spotlight-Report 2018 fordert konsequente Nachhaltigkeitspolitik

Von Jens Martens

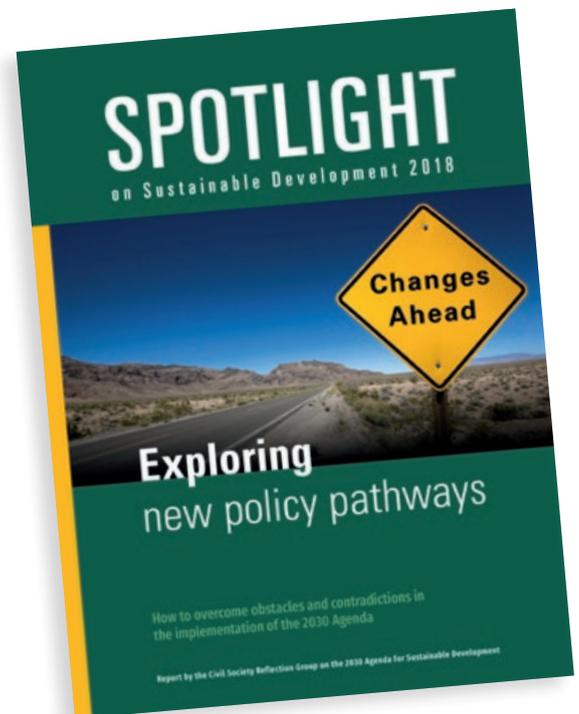
**M**it der Agenda 2030 und ihren globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) haben sich alle Regierungen der Welt im Jahr 2015 verpflichtet, ihre Politik konsequent an ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Kriterien auszurichten. Mit dem Titel »Transformation unserer Welt« signalisierten sie den Anspruch, dass die Agenda 2030 grundlegende Veränderungen in Politik und Gesellschaft anstoßen soll.

Aber viele Regierungen setzen weiterhin auf die Politikrezepte der Vergangenheit: Sie favorisieren Partnerschaften mit der Wirtschaft, treiben die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen voran und machen sich für Handels- und Investitionsabkommen stark, die in erster Linie den Interessen transnationaler Konzerne dienen. Durch den Verzicht auf effektive internationale Unternehmensregeln und die mangelnde Bereitschaft zur globalen Steuerkooperation haben sie nicht zuletzt auf Druck der Wirtschaftslobby ihren eigenen politischen Handlungsspielraum beschnitten.

Das Problem ist dabei nicht der Mangel an finanziellen Ressourcen. Im Gegenteil, in den letzten Jahren haben wir weltweit ein massives Wachstum und eine Konzentration von Privat- und Firmenvermögen erlebt. Die gleichen fiskalischen und ordnungspolitischen Maßnahmen, die diese beispiellose Anhäufung von Reichtum ermöglicht haben, haben zur Schwächung des öffentlichen Sektors und zu wachsender sozioökonomischer Ungleichheit geführt.

Um die Agenda 2030 und ihre Ziele umzusetzen, ist eine grundsätzliche Abkehr von dieser Politik notwendig. Zu diesem Ergebnis kommt ein internationales Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gewerkschaften in seinem Spotlight-Report 2018. Das Bündnis plädiert für die Rückbesinnung auf eine proaktive Politik, die die Menschenrechte als normativen Rahmen anerkennt, die öffentlichen Finanzen stärkt, öffentlich-private Partnerschaften (PPPs) wirksam reguliert und im Zweifelsfall ablehnt sowie demokratische Entscheidungsstrukturen auf allen Ebenen ausbaut.

Die Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs darf dem Bericht zufolge nicht in der Nische der Umwelt- und Entwicklungspolitik verkümmern, sondern muss zur Chefsache erklärt werden und in der Politik der Regierungen oberste Priorität erhalten. Dass dies bisher nicht geschah, hat seine Ursache zweifellos auch in den Interessengegensätzen und Machtdisparitäten innerhalb und zwischen den Gesellschaften. Aber diese sind nicht in Stein gemeißelt, sondern können verändert werden. Für alle Bereiche der Agenda 2030 gibt



es bereits heute alternative Politikkonzepte und es liegt an den progressiven Akteuren in Regierungen, Parlamenten, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft, diese mehrheitsfähig zu machen.

Der jährlich mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Report »Spotlight on Sustainable Development« will dazu einen Beitrag leisten. Er versteht sich als zivilgesellschaftlicher Schattenbericht zu den offiziellen Berichten von Regierungen und internationalen Organisationen über deren Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs. Seine Autor\_innen kommen aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften und Forschungseinrichtungen aller Regionen der Erde. ●

→ Bericht: [www.2030spotlight.org](http://www.2030spotlight.org)



**Jens Martens** ist Geschäftsführer des Global Policy Forums und koordiniert die »Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development«.

# Gemeinsam einfach besser

## Gelebter Multilateralismus in der internationalen Klimapolitik

Von Manuela Mattheß



Das Pariser Klimaabkommen von 2015 war ein Erfolg. Einer der wichtigsten Gründe für diese Bewertung liegt in der Natur seiner Entstehung. Zum ersten Mal in der Geschichte der UN-Klimarahmenkonvention ging ein so wichtiges Zeichen wie das in den Zielen des Klimaabkommens enthaltene implizite Ende der Ära fossiler Brennstoffe von allen Vertragsstaaten gemeinsam aus.

Dass Staaten, deren energie- und klimapolitischen Ansätze zum Teil weit auseinanderliegen, sich auf gemeinsame Positionen einigen konnten, zeigt, der Multilateralismus lebt und ist handlungsfähig. Ein weiteres gutes Zeichen ist, dass die Ankündigung der USA, das Pariser Klimaabkommen verlassen zu wollen, keine Nachahmer gefunden hat. Im Gegenteil: Viele Staaten bekräftigten ihren Willen, das historische Abkommen umsetzen zu wollen. An die Stelle der US-Regierung traten im Übrigen Städte, Kommunen und Bundesstaaten, die Initiativen zur Emissionsreduzierung und zum Klimaschutz verkündeten und sich zum Klimaabkommen bekannten.

Das Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention hat daraufhin die Rolle substaatlicher Akteure gestärkt. Zwar sind sie weiterhin nicht stimmberechtigt, doch sollen sie stärker in die Verhandlungen und in Aktivitäten der Zivilgesellschaft eingebunden werden. Das Klimasekretariat reagierte hier pragmatisch auf aktuelle Entwicklungen und zeigte damit, dass es auch in schwierigen politischen Zeiten handlungsfähig ist.

Im Kampf gegen den Klimawandel sind solche gemeinsamen Lösungen extrem wichtig, denn einer so enormen globalen Herausforderung kann nur gemeinsam begegnet werden. In Zeiten zunehmender politischer Abschottungstendenzen

werden die UN-Klimaverhandlungen wichtiger denn je. Sie bringen Staaten zusammen, die an anderer Stelle und zu anderen Themen kaum noch miteinander reden. Klimapolitik und Klimadiplomatie haben das Potenzial, den Multilateralismus zu retten. Auf der nächsten, politisch äußerst wichtigen Klimakonferenz im Dezember 2018 im polnischen Katowice wird sich zeigen, ob die Staats- und Regierungschefs diesem Anspruch gerecht werden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung beteiligt sich jedes Jahr an den internationalen Klimakonferenzen und ermöglicht zwischen 30 und 50 Partnern – vorrangig aus Ländern des globalen Südens – die Teilnahme. Durch diverse Weiterbildungsmaßnahmen vor Ort, die Unterstützung politischer Konsultationsprozesse, klima- und energiepolitische Beratungs- und Informationsgespräche sowie durch Veranstaltungen leistet die FES einen wichtigen Beitrag, damit die Interessen des Südens im globalen Klimadiskurs gehört werden und die zivilgesellschaftliche Beteiligung verstärkt wird. Zudem unterstützt die FES Gewerkschaften in ihren klimadiplomatischen Anstrengungen auf globaler Ebene. Die internationale Klimapolitik soll auf der Basis der Menschenrechte gerecht und inklusiv gestaltet werden. Durch unsere Aktivitäten bei den internationalen Klimaverhandlungen leistet die Stiftung einen Beitrag zu klima- und energiepolitischer Weiterbildung, zu gegenseitiger Vernetzung und zu einer Bildung stabiler und progressiver Allianzen. ●

**Manuela Mattheß** ist Referentin für Internationale Energie- und Klimapolitik der FES.

# Nützliche Absprachen

## Warum regionale ILO-Vorbereitungskonferenzen so wichtig sind

Von Uta Dirksen

**D**ie einmal im Jahr in Genf stattfindende Internationale Arbeitskonferenz (International Labour Conference – ILC) legt die Politik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) fest. Dieses »Parlament der Arbeit« versammelt mehr als 5.000 Delegierte von Regierungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus 187 ILO-Mitgliedstaaten – Delegierte mit sehr unterschiedlichen Interessen. Auf der 107. Konferenz im Juni 2018 standen die Themen Gewalt am Arbeitsplatz, Frauenerwerbstätigkeit, der soziale Dialog, Anwendung internationaler Arbeitsstandards sowie Entwicklungszusammenarbeit im Mittelpunkt.

Um während der Konferenz die eigenen Anliegen vorzubringen, braucht es eine durchdachte Strategie der Gewerkschaften. Damit diese intensiv vorbereitet und diskutiert werden kann, werden regionale Vorbereitungskonferenzen der Mitgliedsorganisationen des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) abgehalten. Alljährlich richtet die FES in Montevideo, Uruguay, oder São Paulo, Brasilien, das Lateinamerika-Treffen, die »pre-ILC conference«, aus.

Neben der aktuellen jährlichen ILC-Tagesordnung behandeln diese Treffen auch thematische Grundsatzfragen sowie Kampagnen zu Menschen- und Gewerkschaftsrechten. Im Jahr 2018 standen unter anderem folgende Länder und Themen im Vordergrund: Bolivien (Kinderarbeit), Brasilien (Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen), Haiti (Arbeitszeit und Ruhezeit) oder Venezuela (Beschäftigungspolitik).

Eines der wichtigsten Gremien im Kampf für die Einhaltung der Rechte der Arbeiter\_innen ist der Konferenzausschuss für die Durchführung von Normen. Hier wird den Regierungen auf die Finger geschaut, ob sie sich an die internationalen Normen, zu deren Einhaltung sie sich verpflichtet haben, auch halten. Der Bericht des ILO-Sachverständigenausschusses dient als Grundlage für die Festlegung einer Liste von Ländern, die durch den Ausschuss zu prüfen sind. Die Gewerkschaften nutzen auf der regionalen Vorbereitungskonferenz zudem den »Global Rights Index« und den IGB-Bericht über Menschen- und Gewerkschaftsrechte als Grundlage für Diskussionen und als Referenzrahmen für die Koordinierung der Folgemaßnahmen.

Ein weiteres Ziel besteht darin, auf Länder hinzuweisen, in denen Rechte besonders gefährdet sind, um das Bewusstsein für Solidaritätsaktionen zu schärfen und zu mobilisie-



ren. So sind die IGB-Mitgliedsorganisationen besser informiert und darauf vorbereitet, die Überwachungsmechanismen der ILO zu nutzen und sich mit ihnen zu befassen, sowohl in den Diskussionen der ILC als auch in weiteren Kampagnen für Menschen- und Gewerkschaftsrechte.

Es werden also einvernehmlich Länder ausgewählt, thematische Schwerpunkte gesetzt und Strategien für die Region vereinbart. Die Kontinuität der Treffen hat das Vertrauen zwischen den Delegierten vertieft. Und die Tatsache, dass neben der Länderliste für den Normendurchführungsausschuss auch strategische Themen und Kampagnen diskutiert werden, hat dazu geführt, dass die lateinamerikanischen Gewerkschafter\_innen in Genf mit einer gemeinsamen Stimme sprechen und ihre Agenda in den verschiedenen Gremien wirksamer vertreten.

Im Jahr 2018 lag ein besonderer Schwerpunkt auf dem Thema Schutz von Frauen vor Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz – nicht zuletzt dank des lateinamerikanischen Engagements und starker inhaltlicher Präsenz in Genf wurde auf der 107. ILC (endlich) der Grundstein für eine entsprechende ILO-Konvention gelegt. ●

**Uta Dirksen** leitet das Regionale Gewerkschaftsprojekt der FES für Lateinamerika mit Sitz in Montevideo, Uruguay.



## BESTANDSAUFNAHME

# Nicht gleichgültig sein Wie die FES die Afrikanische Union unterstützt

Von Florian Koch

Die Afrikanische Union (AU) ist seit ihrer Gründung im Jahr 2002 zu einem wichtigen Akteur für die Entwicklung und Integration des Kontinents geworden. Allen voran bedeutete die Gründung der AU eine Abkehr von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Diese war ein loser Verbund von Staaten, der nur sehr wenig für die Bevölkerung und den Schutz ihrer Menschen- und Bürgerrechte getan hat. Die AU hingegen hat eine progressive und ambitionierte Agenda. Im Bereich Frieden und Sicherheit drückt sich dies etwa in Artikel 4 (h) der Gründungsakte aus, darin ist das Prinzip der Nichtgleichgültigkeit anstelle von Nichteinmischung verankert.

2013 hat sich die AU mit der Agenda 2063 zudem einen ehrgeizigen Aktionsplan gegeben, der Afrika in 50 Jahren zu einem friedlichen, demokratischen und prosperierenden Kontinent transformieren soll. Dazu gehört die Verwirklichung einer kontinentalen Freihandelszone (CFTA), die bereits 45 der 55 Mitgliedstaaten unterzeichnet haben. In Bereichen wie Sicherheit, Migration, Integration oder Handel ist die Organisation mittlerweile zum ersten Ansprechpartner für afrikanische wie externe Partner geworden.

Trotz gesteigener Bedeutung und zukunftsweisenden Projekten kämpft die AU nach wie vor mit vielfältigen Herausforderungen. Hauptkritikpunkt ist die mangelhafte Umsetzung von AU-Beschlüssen auf nationaler Ebene. Die AU ist sich dieses Defizits bewusst, doch kann sie ihre Mitgliedstaaten nicht zwingen, die Beschlüsse umzusetzen. Der 2017 begonnene Reformprozess soll hier Abhilfe schaffen. Die mangelnde Umsetzung von AU-Beschlüssen hat nachteilige Auswirkungen auf die Bevölkerung, der die progressiven Maßnahmen eigentlich zugutekommen sollten. Da Afrika der »jüngste« Kontinent der Welt ist, ist es wichtig, jungen Menschen mehr Teilhabe zu ermöglichen. Das AU-Kooperationsbüro der FES setzt hier an und führt Maßnahmen mit jungen Menschen

durch, damit diese die AU und ihre Beschlüsse kennenlernen können. Ein Leuchtturmprojekt ist das Planspiel »Model AU« mit Jugendlichen aus ganz Afrika.

Das AU-Kooperationsbüro nahm im Mai 2015 in Addis Abeba seine Arbeit auf – rund 13 Jahre nach Gründung der AU. Bis dahin hatte FES-Äthiopien die AU thematisch mitbetreut. Doch die gestiegene politische Bedeutung der AU machte es notwendig, ein eigenes Büro einzurichten. Seither wurde die Kooperation mit der AU beziehungsweise vieler ihrer Abteilungen kontinuierlich ausgebaut.

Ziel der FES-Arbeit ist, den am Menschen orientierten Politikansatz, der von der AU in der Theorie verfolgt wird, auch Realität werden zu lassen. Das Büro bezieht daher stets zivilgesellschaftliche Akteure in die Aktivitäten ein, da deren Positionen in der AU nach wie vor unterrepräsentiert sind. Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Bereich Rechtsstaatlichkeit. Hier konzentriert sich die Arbeit auf das Thema illegitime Geldflüsse, ein für die afrikanische Entwicklung hochaktuelles Thema, sowie auf die Unterstützung der AU-Rechtsabteilung, um die Umsetzung von AU-Beschlüssen zu verbessern.

Von hoher strategischer Bedeutung sind zudem die europäisch-afrikanischen Beziehungen. Sie waren jedoch in den letzten Jahren häufig von starken politischen Meinungsverschiedenheiten – etwa beim Thema Migration – geprägt. Das AU-Büro wirkt dem entgegen durch inklusive Dialogformate, Erfahrungsaustausch sowie Publikationen und versucht so, das Verständnis füreinander zu fördern und Lösungen zu finden, die zu einer gleichberechtigten Partnerschaft führen. ●

**Florian Koch** leitete von April 2015 bis Juli 2018 das AU-Kooperationsbüro der FES in Addis Abeba, Äthiopien.



REGIONALPROJEKTE

## ASEAN: erfolgreich, aber auch sozial?

Von Adrienne Woltersdorf

**E**rfolgreich ist es, aber nicht sehr sozial. So lässt sich auch nach fünf Jahrzehnten der Zustand der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations – ASEAN) beschreiben. Anlässlich ihres 50. Jahrestags im vergangenen Jahr gab es Lob und Anerkennung für erfolgreiche Friedenspolitik und beachtliches Wachstum. Doch auch Unzufriedenheit war zu hören. Es mangle an gemeinsamen politischen Visionen, dem Willen zum Zusammenrücken und an Einigkeit im Umgang mit dem neuen Schwergewicht China. Dabei haben die zehn Mitgliedstaaten, deren politische Systeme vom sozialistischen Vietnam bis zum autokratischen Ölsultanat Brunei unterschiedlicher nicht sein könnten, schon große Schritte unternommen: 2015 gründeten sie nach dem Vorbild der Europäischen Union die ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft, kurz AEC.

Mit ihr ist schon jetzt eine Wirtschaftsgemeinschaft entstanden, die es mit den globalisierten Märkten aufnehmen kann. Der Boom in den Fabriken und Handelsunternehmen Südasiens soll, so die Idee, auch zum Wohlstand der rund 650 Millionen ASEAN-Einwohner führen. Doch, was sich auf dem Papier gut liest, ist oft weit entfernt von der Lebenswirklichkeit der Menschen. Deren Alltag ist geprägt durch Deregulierung, Privatisierung, Rationalisierung im Takt der Bedürfnisse globaler Lieferketten und Handelsverträge.

Initiativen der Zivilgesellschaft für Umweltschutz und soziale Sicherungssysteme, die sich seit 2005 im »ASEAN Peoples' Forum« Gehör zu verschaffen suchen, blieben erfolglos. Im Gegenteil: Unliebsame Kritiker werden zunehmend unterdrückt und politisch verfolgt – und mit ihnen ein Gegenentwurf zur kapitalistischen Ordnung.

Die FES in Asien begann bereits im Jahr 2003 gemeinsam mit Gewerkschaftern, progressiven Akademikerinnen und Parlamentariern über die Folgen der Liberalisierung zu diskutieren. Deren Analysen warnten bereits damals, dass sich die politisch nicht integrierten ASEAN-Staaten in einem ruinösen Wettbewerb gegenseitig zu Lasten der Arbeiter zu unterbieten versuchen würden.

Entstanden ist daraus die Plattform »Agenda für eine soziale ASEAN«. Hier werden die Regierungen aufgefordert, der wirtschaftlichen eine politische Integration folgen zu lassen – und zwar eine, deren Ausgestaltung sich um Partizipation, Geschlechtergerechtigkeit, sozialen Ausgleich und Zugang zu staatlicher Daseinsvorsorge dreht.

Mit gewerkschaftlichen Organisationen auf ASEAN-Ebene arbeitet die FES zudem an der Formulierung und Verabschiedung tripartiter Abkommen, die die Trends zur Entrechtung der Arbeiter\_innen umkehren helfen sollen. Denn im Zeichen des globalen Wettbewerbs werden Kernarbeitsnormen heute immer stärker unterlaufen. Zeitgleich zwingen die preislich knapp kalkulierten Bestellungen multinationaler Konzerne aus den USA, Europa und China für Handys, Turnschuhe und Wegwerfmode zu immer engeren Arbeitstakten und mehr Überstunden.

Mit dem Projekt »Core Labour Standards Plus, CLS+« untersucht die FES in Asien diese bedenklichen Trends, die durch eine neue Generation von Handelsverträgen und Präferenzsystemen noch beschleunigt werden. Im Umfeld der EU-Verhandlungen zu Freihandelsabkommen mit einzelnen ASEAN-Staaten klärt die FES Gewerkschaften und Zivilgesellschaft über die Möglichkeiten auf, die auf dem Papier verabredeten Vereinbarungen zur Nachhaltigkeit auch tatsächlich anzuwenden. Längst ist deutlich geworden, dass auch die Europäische Union ihre Hausaufgaben machen muss, wenn ASEAN sozialer werden soll. Denn nur, wenn Brüssel und die EU-Mitgliedstaaten ihre eigenen Maßstäbe für gerechtes Handeln auch in Asien konsequent anwenden, können die Arbeitsbedingungen nicht nur in Jakarta oder Phnom Penh verbessert werden, sondern letztlich auch in Amsterdam und Essen. ●

**Adrienne Woltersdorf** leitet das Büro für Regionale Kooperation in Asien der Friedrich-Ebert-Stiftung in Singapur.

# Flucht, Migration, Integration

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt einen Schwerpunkt auf die Themen Flucht, Migration und Integration.

Menschen waren, sind und werden immer in Bewegung sein – aus unterschiedlichsten Gründen. Migration und Mobilität sollten daher global gerecht gestaltet werden. In Deutschland setzen wir uns für eine Einwanderungsgesellschaft ein, die auf den Grundwerten und Prinzipien der Demokratie beruht und allen Menschen eine chancengleiche Teilhabe ermöglicht.

Dies ist für uns keine Utopie, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Weitere Informationen, Veranstaltungen und Publikationen der FES zu diesem Themenbereich finden Sie unter [www.fes.de/fmi](http://www.fes.de/fmi).

# Die Seenotrettung europäisieren

## Die Regierungen müssen die Arbeit der privaten Retter übernehmen

Von Lars Castellucci

**W**iederkehrend werden wir in Atem gehalten von Schiffen privater Hilfsorganisationen, die im Mittelmeer umherirren und hoffen, an einem europäischen Hafen anzulanden.

Im Deutschen Bundestag war zuletzt das Schiff »Lifeline« Gegenstand einer Aktuellen Stunde. Die Menschen auf dem Schiff kamen aus der Not und waren akut in Not. Die von der Opposition beantragte Aktuelle Stunde hat tatsächlich dazu beigetragen, etwas in Bewegung zu bringen. Mehrere Regierungen – darunter die deutsche – erklärten sich bereit, die Geflüchteten unter sich aufzuteilen und aufzunehmen. Eine Lösung für die Menschen auf der »Lifeline« war gefunden, doch eine Lösung des Problems gibt es noch immer nicht.

Wenn einer auf der Straße liegt, dann zählt nicht, wie er dorthin gekommen ist, ob er selbst schuld ist oder wer er ist. Es gibt nur eines: Liegt jemand auf der Straße, hilf ihm auf, wenn du kannst! Das ist, was ich für richtig halte, und das ist auch das, was das Völkerrecht uns vorgibt. Wir sprechen zwar wieder über Menschen, die auf Schiffen den Weg zu uns nach Europa suchen. Es geht hier aber nicht nur um diese Menschen. Es geht um unsere gemeinsamen Werte: Hilfsbereitschaft, aufeinander achten, die Hand reichen, die für alle Menschen gelten sollen und wichtig sind.

»In der Krise beweist sich der Charakter«, so hat es Helmut Schmidt gesagt. Unsere Werte beweisen sich nicht in Schönwetterperioden; sie beweisen sich auf hoher See, wenn Sturm aufzieht. Das war zum Beispiel vor der Küste Maltas der Fall. Deswegen musste dort gehandelt werden. Wir dürfen die Menschen nicht einfach im Meer ertrinken lassen. Wir dürfen Kranke und Schwangere nicht auf untauglichen Schiffen festhalten, wie es geschehen ist und noch geschieht. Am allerwenigsten dürfen wir das tun, um politischen Druck auszuüben.

Aber dies ist natürlich keine Lösung; es ist ein Gebot der Menschlichkeit. Menschlichkeit allein reicht aber nicht aus. Als mich 2015 die Leute gefragt haben, ob nun jedes Jahr eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kämen, antwortete ich: »Ich weiß es im Moment nicht.« Aber ich habe auch gesagt: »Ich werde alles dafür tun, dass es eben nicht einfach so weitergeht; dass wir helfen können, damit sich die Situation verbessert.« Und das ist auch gelungen, wie die aktuellen Zahlen beweisen.

Gleichzeitig sind viele Probleme ungelöst. Mit Blick auf die Schiffe und Hilfsorganisationen müssen wir klar sagen, dass die Zustände so nicht bleiben können. Aber die Antwort

liegt nicht in einer Kriminalisierung der Ehrenamtlichen. Die Staatengemeinschaft muss die Frage vielmehr selbst in die Hand nehmen. Auch hier wurde schon einiges bewegt: So wurde Frontex besser ausgestattet und europäische Militäroperationen retten Menschen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen weiter gehenden Vorschlag: Wir fordern ein eigenständiges europäisches Seenotrettungsprogramm mit Schiffen, die die Menschen an Bord nehmen können. Die italienischen Missionen zeigen, dass die engagierte Seenotrettung mit der Schlepperbekämpfung effizient einhergeht. Das ist der richtige Weg.

Die Lösungssuche für die Menschen auf den Schiffen ist deshalb so zögerlich, weil nicht geklärt ist, wer die Geflüchteten nach ihrer Rettung aufnehmen soll. Die Idee einer solidarischen Verteilung in Europa lässt sich derzeit nicht umsetzen. Die Wahrheit ist, dass auch Deutschland zu einer solidarischen Verteilung nicht bereit war, als die Geflüchteten unsere Grenzen noch nicht erreicht hatten. Die Lösung liegt in einer Arbeitsteilung in Europa: Mitgliedstaaten und Kommunen, die bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen, sollen dies tun und dafür Unterstützung aus dem europäischen Haushalt erhalten. Die anderen müssen dafür stärker andere Aufgaben übernehmen.

Es ist genug zu tun in Europa. Wenn wir weiter öffentlich auseinanderlaufen, verlieren am Ende alle. Die Blockade muss zugunsten pragmatischer, aber wirksamer Lösungen aufgelöst werden. Über allem steht: Wer politisch verfolgt ist oder einem Bürgerkrieg entflieht, der muss eine Chance auf Schutz haben – nicht nur in Europa. Die anderen brauchen Perspektiven in ihren Heimatländern und Alternativen der legalen Zuwanderung über ein europäisches Einwanderungsgesetz. ●



**Dr. Lars Castellucci (MdB)** ist Sprecher für Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion.

# Vorschlag für eine humane europäische Asylpolitik

Von Gesine Schwan



**D**ie neue italienische Regierung zwingt die europäischen Staaten zum Schwur: Ohne eine solidarische Aufnahme von Flüchtlingen in der EU will sie die Häfen ihres Landes für Flüchtlinge schließen. Das hätte weitere unmenschliche Folgen, wäre aber auch die Konsequenz einer jahrelangen Verweigerung von Solidarität gegenüber den gemäßigten italienischen Regierungen, nicht zuletzt durch die deutsche Bundesregierung.

Dabei ist eine konstruktive Antwort möglich, die kein europäisches Land überfordern würde, bei der alle gewinnen könnten. Sie könnte schnell als Demonstrationsprojekt realisiert werden, wenn die deutsche Bundesregierung den (gar nicht so großen!) Mut zur Initiative aufbrächte. Das ginge folgendermaßen:

Im Format einer »Verstärkten Zusammenarbeit« vereinbaren Frankreich und Deutschland im Verbund mit den Niederlanden, der Schweiz, Portugal und Schweden, den südeuropäischen Ankunftsändern Griechenland, Italien und Spanien bei der Durchführung schneller qualitativvoller Asylverfahren und der dezentralen Ansiedlung von anerkannten Asylbewerbern sowie bei der Rückführung nicht anerkannter Flüchtlinge zu helfen.

Die Asylverfahren sollen in europäischen Hotspots, inspiriert vom niederländisch-schweizerischen Vorbild, das Qualität mit Geschwindigkeit verbindet, ablaufen. Durch sofortige Zuordnung von bezahlten Rechtsanwälten zu den Asylsuchenden und von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu den Verfahren werden Schnelligkeit und Solidität der Verfahren erreicht. Einschließlich Revision brauchen sie dank juristischer Kompetenz und dank hergestellter Transparenz höchstens zwei Wochen bis zu einer Erstinstanz-Entscheidung und weitere sechs Wochen bis zu einer Berufungsentscheidung. Personal aus anderen europäischen Ländern soll bei der kompetenten Prüfung der Asylanträge helfen. Die Asylzusage gilt für alle Mitgliedsländer der »Verstärkten Zusammenarbeit«.

Für die anerkannten Flüchtlinge wird ein neues Verfahren freiwilliger dezentraler Aufnahme von anerkannten Flüchtlingen durch die Kommunen und Städte eingerichtet. Kommunen aus den Ländern der »Verstärkten Zusammenarbeit« sind eingeladen, auf der Basis beratender Multi-Stakeholder-Beiräte (Vertreter der Gemeindeverwaltungen, der Unternehmen und von NGOs, wenn möglich mit wissenschaftlicher

Beratung) darüber zu entscheiden, ob und in welcher Zahl sie im Rahmen ihrer eigenen weiteren Entwicklung Flüchtlinge aufnehmen wollen. Ihre Angebote schicken sie an die Hotspots, wo die anerkannten Flüchtlinge sich ihrerseits für drei Städte/Kommunen bewerben können. Hierzu wird ein Matching-System eingeführt.

In der ersten Phase zahlen die Mitglieder der »Verstärkten Zusammenarbeit« in einen Fonds ein, der außerhalb des EU-Haushalts angelegt ist und bei dem die Gemeinden die Erstattung ihrer Integrationskosten beantragen können. Sie erhalten dann für ihre eigene Entwicklung (Wohnungsbau, Infrastruktur, Bildung, Kultur etc.) zusätzlich die gleiche Summe.

Perspektivisch sollte die EU im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen einen solchen Fonds als »Kommunales Integrations- und Entwicklungsfonds« anlegen, der neben der Flüchtlingsintegration zielgenau kommunale Investitionen fördert. Das Europäische Parlament hat dazu im März 2018 schon mit großer Mehrheit eine Aufforderung an die Kommission beschlossen. Präsident Emmanuel Macron hat ihn ebenfalls vorgeschlagen. Die Mitgliedstaaten beschließen, Flüchtlinge, um die sich Kommunen aus ihrem Hoheitsbereich bewerben, die Einreise zu gestatten. Wenn sie das ablehnen, können ihre Kommunen aus dem Fonds keine Investitionsförderung erhalten.

Für Flüchtlinge, deren Antrag in den Hotspots abgelehnt wird, wird ein rasches Rückführungsverfahren eingerichtet. Dazu tritt die EU unverzüglich in Verhandlungen mit den vor allem afrikanischen Ursprungsländern, um deren Interesse an der Rückführung durch konkrete Vorschläge und Projekte, die sie mit ihnen partnerschaftlich vereinbart, zu unterstützen. ●



**Prof. Dr. Gesine Schwan** ist Präsidentin und Mitgründerin der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform in Berlin.

# 1 Vision, 10 Leitprinzipien, 23 Ziele

## Der neue Globale Pakt setzt die Regeln für menschenwürdige Migration

Von Felix Braunsdorf

Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen – mit Ausnahme der USA und Ungarn – haben sich Mitte Juli 2018 auf den »Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration« geeinigt. Der Globale Pakt ist die erste Übereinkunft zwischen Staaten, die alle Aspekte weltweiter Migration umfasst. Dabei steht der Pakt im Einklang mit Ziel 10.7 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Darin werden die UN-Mitgliedstaaten aufgefordert zusammenzuarbeiten, um sichere, geordnete und geregelte Migration zu ermöglichen.

Es hat lange gedauert, bis das Thema Migration auf die globale Agenda gehoben wurde. Denn die grenzüberschreitende Mobilität von Menschen in einer globalisierten Welt birgt viel Regelungsbedarf – und Konfliktpotenzial. Kein Staat allein kann Migration langfristig und nachhaltig gestalten. Kooperation ist eine Notwendigkeit. Diese braucht eine gemeinsame Grundlage – Prinzipien, Ziele, Regeln. Zwar existieren Konventionen und Richtlinien zu Arbeitsmigration, was bisher aber fehlte, war ein politisches Rahmenwerk zur Abdeckung aller Aspekte weltweiter Migration. Diese Lücke soll der Globale Pakt nun schließen. Auf 34 Seiten werden eine Vision, zehn Leitprinzipien, 23 Ziele und über 160 Maßnahmen aufgelistet. Der Pakt ist eine unverbindliche Absichtserklärung, er schafft kein neues Recht. Er soll bestehendes internationales Recht bekräftigen und konkrete Handlungen empfehlen, wie Staaten zusammenarbeiten können. Dadurch wirkt der Pakt wie ein dringend nötiges Korrektiv zu den völker- und menschenrechtswidrigen Praktiken der aktuellen, auf Kontrolle und Abwehr ausgerichteten Migrationspolitik vieler Staaten. Nicht weniger ist derzeit nötig, nicht mehr war politisch möglich.

Der Text zeichnet ein nüchternes Bild von Migration. Sie kann, richtig gestaltet, eine »Quelle globalen Wohlstands, von Innovation und nachhaltiger Entwicklung« sein. Migration soll aber eine freie Entscheidung und keine Notwendigkeit sein. Der Pakt will wirtschaftliche und politische explizit genauso wie umweltbezogene Gründe für erzwungene Migration angehen. Für die Zivilgesellschaft standen Schutz, Rechte und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migrant\_innen und ihren Familien im Vordergrund. Denn viel zu oft sind sie Opfer von Ausbeutung, Menschenhandel und Diskriminierung. Auch die Forderung nach mehr sicheren und legalen Migrationswegen ist aufgenommen worden. Die Agenda für menschenwürdige Arbeit sowie gewerkschaftliche Rechte sind zwar im Pakt verankert, jedoch verstoße manch vorgeschlagene Maßnahme laut Internationalem Gewerkschaftsrat gegen ILO-Kernarbeitsnormen, da sie Arbeitsmigrant\_innen ohne Papiere und gültigen Arbeitsver-



trag in ihren Arbeitsrechten beschneide. Das fördere die Kriminalisierung von Migrant\_innen und führe zu einem zerteilten Arbeitsmarkt.

Welche politische Verbindlichkeit ein rechtlich nicht bindendes Abkommen entfaltet, wird die Zeit nach der Verabschiedung zeigen. Die UN-Konferenz am 10. und 11. Dezember 2018 in Marrakesch muss den Startschuss für die Gestaltung der globalen Migration des 21. Jahrhunderts geben. Worten müssen dann Taten folgen und dazu braucht es politischen Willen auf allen Ebenen: in den UN, Regionalorganisationen, Staaten bis hin zu Städten und Kommunen. Eine rechtebasierte und entwicklungsorientierte Migrationspolitik muss das Ziel sein.

Auch die FES wird weiter mit einer breiten Koalition aus Migrantennetzwerken, NGOs, Wissenschaft und Gewerkschaften die Umsetzung des Globalen Pakts für Migration unterstützen, zum Beispiel im Dezember auf der »People's Global Action on Migration, Development and Human Rights« in Marrakesch. ●

Literatur: Nicholas R. Micinski, *Implementing the Global Compact for Migration: The Role of States, UN Agencies, and Civil Society*, Juni 2018

[library.fes.de/pdf-files/iez/14547.pdf](https://library.fes.de/pdf-files/iez/14547.pdf)

Felix Braunsdorf ist als Referent im Referat Globale Politik und Entwicklung für Migration und Entwicklung zuständig.

DIE MEINUNG

## Zugbrücken runter Die »Festung Europa« muss sich öffnen

Von Marcus Engler

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten setzen seit Langem Maßnahmen durch, um den Zuzug unerwünschter Migrant\_innen und Geflüchteter zu verhindern. Dazu zählen physische Grenzsicherungsanlagen, umfangreiche Überwachungsmaßnahmen, eine restriktive Visapolitik, Sanktionen gegen Fluggesellschaften, die Personen ohne gültige Dokumente transportieren, sowie die Kooperation mit Transitstaaten. Zudem haben sich Europas Staaten in paradoxer Weise dem Kampf gegen den Menschen-smuggel verschrieben, dessen Geschäftsmodell sie mit ihrer Abschottungspolitik ja gerade erzeugen. Als Reaktion auf die gestiegenen Zuzüge im Jahr 2015 und aufgrund der fehlenden innereuropäischen Solidarität bei der Aufnahme der Geflüchteten wurden die Abschottungsmaßnahmen noch einmal deutlich intensiviert. Dabei wurden auch rote Linien überschritten wie etwa bei der Kooperation mit Libyen oder der Kriminalisierung privater Seenotrettungsorganisationen.

Seit Jahren fordern Expert\_innen aus Wissenschaft und Praxis den Ausbau sicherer und legaler Wege nach Europa. Deutschland und viele andere Staaten verfügen bereits über einen großen Instrumentenkasten für die geordnete Aufnahme von Geflüchteten und Migrant\_innen. Zu nennen sind hier etwa das Resettlement-Programm des UNHCR oder humanitäre Aufnahmeprogramme. Auch privat finanzierte Aufnahmeprogramme und humanitäre Visa, die zum Stellen eines Asylantrags berechtigen, wurden in einigen Staaten erfolgreich erprobt. Darüber hinaus könnten auch Familiennachzug, Arbeits- und Bildungsmigration großzügiger gestaltet werden. Der Ausbau scheitert also weniger an rechtlichen oder praktischen Hürden, sondern am mangelnden politischen Willen und der vermeintlich fehlenden Akzeptanz in der Bevölkerung. Dabei kann gerade der Ausbau geordneter Wege die Akzeptanz von Migration erhöhen. Denn so können zumindest die Ängste vor einem Kontrollverlust abgebaut werden.

Von großer Bedeutung ist die bisher ungelöste Frage der internationalen Kooperation. Wenn sich nur wenige Staaten

beteiligen, befürchten deren Regierungen, dass zum einen die Akzeptanz in der Bevölkerung schwindet. Zum anderen fürchten sie, dass zu kleine Kontingente nicht zur erwünschten Umleitung von irregulärer zu regulärer Migration führen würden.

Die Umleitung von Migration in legale Wege kann nur dann gelingen, wenn migrationswillige Personen diese Wege als realistische Chance wahrnehmen. Dazu sind ein substanzieller Umfang und das langfristige Offenhalten von Migrationswegen erforderlich. Hierfür braucht es internationale Zusammenarbeit. Wie die bisherigen Versuche der innereuropäischen Umverteilung gezeigt haben, kann die Aufnahmebereitschaft jedoch nicht per Mehrheitsbeschluss verordnet werden. Auch wenn die politischen Vorzeichen derzeit ungünstig erscheinen, so muss langfristig an dem Aufbau einer Koalition der Willigen weitergearbeitet werden – innerhalb der EU, aber auch darüber hinaus. Gerade weil sich die USA unter Donald Trump aus dem globalen Flüchtlingschutz zurückziehen, wäre es umso wichtiger, dass Europa Weitblick und globale Verantwortung zeigt.

Für eine langfristige, strategische Ausrichtung der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik werden unterschiedliche Wege und Instrumente benötigt. Entscheidend ist, dass man deren weitere Gestaltung nicht nur im Geiste der Angst vor Kontrollverlust betrachtet, sondern als langfristigen kollektiven Lernprozess, bei dem auch neue Wege ausprobiert werden dürfen. ●



**Dr. Marcus Engler** ist Migrationsforscher und Politikberater. Seit vielen Jahren befasst er sich mit dem Themenfeld Migration, Integration, Flucht und Asyl, insbesondere in Deutschland und Europa. Er ist u. a. mitverantwortlich für den Flüchtlingsforschungs-Blog.



FACHWORKSHOP

## Jung, geflüchtet, sucht ... Ausbildung in Deutschland

Von Susan Javad

**A**uch dieses Jahr schlug der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) im Juli Alarm. Laut der aktuellen DIHK-Ausbildungsumfrage gingen zuletzt bei fast jedem zehnten Unternehmen gar keine Bewerbungen auf Ausbildungsplätze mehr ein. Am Ende blieb ein Drittel der Ausbildungsplätze in den 10.335 befragten Betrieben unbesetzt; der höchste jemals in dieser jährlichen Befragung ermittelte Wert, so DIHK-Präsident Eric Schweitzer.

Angesichts der Tatsache, dass nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit auch im aktuellen Jahr 23.700 Jugendliche, das sind 4,3 Prozent aller Bewerber\_innen, keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, kann der Alarmismus des DIHK ein gutes Stück relativiert werden. Natürlich liegt es auch an den Unternehmen, dafür zu sorgen, dass die Ausbildungsbedingungen für Jugendliche attraktiver werden. Je nach Branche ist der Fachkräftemangel mal akuter, mal verhaltener. Wegdiskutieren lässt er sich aber mittlerweile nicht mehr.

Vor diesem Hintergrund bemühen sich immer mehr Betriebe auch um jene Jugendliche, die vor zehn Jahren noch keine Chance auf eine Ausbildung bekommen hätten. Das kommt auch denen zugute, die erst in den letzten Jahren als Geflüchtete gekommen sind. Rund 9.000 befinden sich mittlerweile in einer Berufsausbildung, so der DIHK im März 2018, und diese Zahl dürfte sich zum Start des neuen Ausbildungsjahrs im Herbst noch einmal stark erhöhen.

Woran liegt es, dass die Integration junger Geflüchteter in den Ausbildungsmarkt nicht (noch) schneller gelingt? Antworten auf diese Frage lieferte ein Expert\_innen-Workshop von Friedrich-Ebert-Stiftung und Bundesinstitut für Berufsausbildung (BIBB) im Juni in Berlin. Die Kernerkenntnis: Alles steht und fällt mit den Sprachkenntnissen – des Deutschen, versteht sich. Das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angestrebte Niveau B1 wird von Betrieben wie Berufsschulen als nicht ausreichend angesehen. So scheitern nicht wenige der Auszubildenden am Ende an den Berufsschulprüfungen, die auch schriftlich ein relativ hohes Sprachniveau erfordern.

Um diese erschwerten Startvoraussetzungen aufzufangen, ist ein hohes Maß an individueller Betreuung in Betrieben und Berufsschulen notwendig. Das Stichwort »individuelle Betreuung«, so die zweite Erkenntnis des Workshops, ist bereits bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz für junge Geflüchtete relevant. Mittlerweile gibt es viele Sonderprogramme für junge Geflüchtete parallel zum Regelsystem der Agentur für Arbeit. Diese Unübersichtlichkeit macht es dem oder der Einzelnen nicht leicht, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen. Investitionen in den Ausbau einer kontinuierlichen Beratungs- und Unterstützungsstruktur, wo diese Jugendlichen persönlich über einen längeren Zeitraum betreut werden, lohnen sich daher besonders.

Die jungen Menschen, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Fachkräftemangel in Deutschland abzuschwächen. Da sind sich die Expert\_innen einig. Damit die Integration in den Ausbildungs- und schließlich auch Arbeitsmarkt gelingt, muss nicht nur in Spracherwerb und Betreuung investiert werden, auch die längerfristigen »Spielregeln« müssen klar sein. Schließlich möchte kein Unternehmen ausbilden und am Ende doch ohne die dringend benötigte Arbeitskraft da stehen. Die sogenannte Ausbildungsduldung (3+2-Regelung) ist ein Fortschritt. Sie wird bisher aber bundesweit höchst unterschiedlich angewandt. Hier braucht es mehr Pragmatismus und das klare politische Bekenntnis, dass die, die hier sind und den Anschluss an den qualifizierten Arbeitsmarkt finden, bleiben dürfen – und zwar auch dann, wenn ihr Asylantrag am Ende doch abgelehnt wird. ●

Susan Javad ist Referentin in der Abteilung Wirtschaft und Soziales.

# Politik für Europa

Drei Themen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrer Europaarbeit: der wirtschaftlichen und sozialen Krise, aufkommenden Zweifeln an der Demokratie und außen- und sicherheitspolitischen Verwerfungen.

Während die ersten beiden Herausforderungen die Substanz der politischen Integration bei den Bürger\_innen infrage zu stellen drohen, könnte die äußere Bedrohung eher mehr Unterstützung für das europäische Projekt hervorbringen.

Wir diskutieren progressive Politikvorschläge, die die Sorgen und Befürchtungen der Bürger\_innen zur europäischen Integration aufnehmen, die europapolitische Rhetorik auf ihren Gehalt abklopfen und schließlich Anhaltspunkte für eine Europapolitik geben, die näher bei den Menschen ist.

Die FES identifiziert und formuliert in ihrer Arbeit zum Thema Europa alle Politikansätze und treibt so die Debatte über die Zukunft Europas voran.

# Was tun gegen Rechts?

## Weder angleichen noch isolieren hilft, nur Profil schärfen

Von Ralf Stegner

**W**ie können die rechtspopulistischen Kräfte zurückgedrängt werden? Wie kann man fortschrittliche Kräfte in der Gesellschaft stärken? Mit diesen Fragen bin ich jeden Tag konfrontiert. Als Parlamentarier und als stellvertretender Vorsitzender einer Partei, die bei allem Wandel über 155 Jahre Geschichte im Kurs gegen Rechts immer einen klaren Standpunkt hatte.

Wichtige Antworten darauf, wie progressive Kräfte in Zeiten eines wachsenden Populismus stark sein können, bietet das Projekt »Reclaiming Action« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das Büro der Stiftung für die nordischen Länder hat in einem knapp zweijährigen Projekt untersucht, wie sich die Rechtspopulisten in Dänemark, Deutschland, Norwegen und Schweden entwickelt haben und welche Strategien in der Auseinandersetzung mit ihnen erfolgreich waren.

Die Ergebnisse sind aufschlussreich – und stellenweise frustrierend. In Dänemark haben sich fast alle Parteien – auch die Sozialdemokraten – in Politik und Sprache den Rechtspopulisten angeglichen. Insgesamt hat das nicht nur zu einem deutlichen Rechtsruck der gesamten politischen Landschaft Dänemarks geführt, sondern auch zu mitunter problematischen Forderungen, die gegen internationales Recht und gemeinsame Abkommen verstoßen. Geplante Asyleinschränkungen und Auffanglager in Nordafrika gehören etwa dazu. Das erhoffte Ergebnis – die Rechtspopulisten dadurch klein-zuhalten – ist nicht eingetreten.

In Schweden hat man lange Zeit eine andere Strategie verfolgt. Dort haben alle anderen politischen Kräfte eine Art *cordon sanitaire* um die rechtspopulistischen Schwedendemokraten gelegt. Auch das war am Ende nicht hilfreich, hat

es doch den Schwedendemokraten geholfen, sich als ausgegrenzt von »denen da oben« zu stilisieren und an der Seite des »Volkes« zu stehen.

Weder Anpassung noch Isolierung scheinen also sinnvoll zu sein. Wichtige Hinweise geben auch die Autorinnen der Studie zu Deutschland. Jasmin Siri und Madeleine Myatt zeigen klar, dass es auch die Ähnlichkeiten zwischen den großen Volksparteien waren, die Raum für eine vermeintliche »Alternative« geschaffen haben. Für mich konkret bedeutet das also, das Profil der SPD so deutlich zu schärfen, wie es nur geht. Der Wettbewerb im demokratischen Spektrum muss wieder lebendiger werden. ●

Mehr Informationen zum Projekt:

→ [www.fesnord.org/topics/reclaiming-action](http://www.fesnord.org/topics/reclaiming-action)



**Dr. Ralf Stegner** ist Stellvertretender SPD-Vorsitzender und Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein.

# Ein europäischer »Super-PAC« zur Abwehr illiberaler Stoßtrupps

Von Alberto Alemanno



**D**ie Wahlen fürs Europa-Parlament 2019 laufen auf einen Krieg hinaus zwischen jenen, die EU-Integration, Multilateralismus und freiheitliche Werte unterstützen, und jenen, die auf ein Europa illiberaler Gemeinwesen abzielen. In dieser Konfrontation bleibt eine Stimme auffallend stumm: die der Wirtschaft. Trotz der existenziellen Bedrohung für Europas freiheitliche Grundwerte und seinen verfassungsrechtlichen Rahmen bleibt der Privatsektor bei seiner Haltung, zu politischen Fragen öffentlich nicht Position zu beziehen.

Doch in der heutigen politisch aufgeladenen Atmosphäre ist Stillschweigen nicht mehr der sichere Hafen, der es einst für multinationale Konzerne war. Die sich in Europa herausbildende neue politische Führung könnte möglicherweise nicht nur die Profite der Unternehmen gefährden, sondern auch das gesamte Wertesystem, in dem sie tätig sind. Ein Blick auf die Brexit-Verhandlungen sollte genügen, um zu zeigen, was für Unternehmen, die aus dem EU-Binnenmarkt Nutzen ziehen, demnächst auf dem Spiel stehen könnte. Zudem könnte Schweigen im Zeitalter von Twitter als Zeichen der Billigung illiberaler Politiker\_innen gedeutet werden, deren Ansichten zu Migration und Minderheiten mit den Werten kollidieren, die viele Unternehmen in ihren Richtlinien zur gesellschaftlichen Verantwortung (CSR) verfolgen. Westliche Industriekonzerne profitieren von den wirtschaftlichen Freiheiten der EU, um in Ländern wie Ungarn und Polen zu investieren, ohne sich dort für die politischen Werte einzusetzen, in denen diese Freiheiten eingebettet sind.

Das sollte Führungspersönlichkeiten aus Zivilgesellschaft, Politik und Philanthropie auf den Plan rufen, ein radikales, inklusives Modell zu entwerfen, das in der anhaltenden Europa-Debatte auch den privatwirtschaftlichen Sektor in eine prodemokratische Koalition einbindet. Die Super-PACs in den USA (Super Political Action Committee: Lobbygruppen, über die auch Unternehmen im Wahlkampf Unterstützung leisten können) können hier Vorbild sein.

Auf den EU-Kontext übertragen, besteht die Idee darin, eine Zweckgemeinschaft zu gründen. Diese soll Unterstützung und Kräfte mobilisieren rund um ein einziges parteiübergreifendes Thema, etwa: wie man die öffentliche

Debatte im Vorfeld der Europa-Wahlen gestalten und vertiefen kann. Dieses »Demokratie-Kraftwerk« würde die vielen Pro-EU-Stimmen in ganz Europa in drei Bereichen unterstützen: beim Austausch von Botschaften, bei der Auswahl der Kandidierenden und bei Bürgerbewegungen. Hier ist die in Großbritannien entstandene Bürgerkoalition »People's Vote« als gutes Beispiel zu nennen, die eine Volksabstimmung über das endgültige Brexit-Abkommen fordert. Ein Teil ihrer Aktivitäten besteht darin, in den sozialen Medien mit Gegenpropaganda auf negative Nachrichten zu reagieren und die öffentliche Berichterstattung zu korrigieren.

Ein breites proeuropäisches Demokratiebündnis, das ein einziges Ziel verfolgt, hätte große Vorteile. Erstens würde es durch Einbeziehung eines größeren Teils der europäischen Gesellschaft jene stärken, die sich für die Verteidigung der europäischen Demokratie einsetzen. Zweitens könnte ein Unterstützerkreis, der breiter ist als die üblichen Pro-EU-Bewegungen, für neue Formen der Kommunikation zwischen Sektoren der Gesellschaft sorgen, die nicht mehr miteinander reden, wie Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft.

Die Europa-Wahlen 2019 werden als die ersten echten europäischen Wahlen, die über das Schicksal Europas entscheiden, in die Geschichte eingehen. Europa muss etwas Drastisches und Kreatives tun, um daraus gestärkt herauszugehen. Dazu muss jeder seinen Teil beitragen, auch die Reichen und Mächtigen. ●

Dieser Artikel erschien in längerer Fassung auf Englisch bei Social Europe:

→ [www.socialeurope.eu/a-european-super-pac-to-take-on-bannons-illiberal-shock-troops](http://www.socialeurope.eu/a-european-super-pac-to-take-on-bannons-illiberal-shock-troops)



**Alberto Alemanno** hält eine Jean-Monnet-Professur für Europarecht an der HEC Paris; außerdem ist er Gründer von »The Good Lobby« und Autor des Buches »Lobbying for Change: Find Your Voice to Create a Better Society«, 2017.



EINORDNUNG

# Transatlantischer Handelskrieg: aufgehoben oder nur aufgeschoben?

Von Evita Schmieg

**EU**-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat bei seinem Besuch in Washington, D. C. Ende Juli 2018 erreicht, woran andere zuvor gescheitert waren: Er hat mit US-Präsident Donald Trump vereinbart, nun doch lieber zu verhandeln als in einen Handelskrieg einzutreten. Das zeigt zweierlei: Erstens, die EU hat in den vergangenen Monaten einiges richtig gemacht. Möglicherweise haben die politisch klug definierten Gegenzölle auf Produkte aus für Republikaner wichtigen Regionen doch die US-interne Debatte beeinflusst. Zweitens: Es spielt eine große Rolle, wer mit Trump spricht und wie. Das erstaunt nicht, spielen doch Stimmungen und Emotionen momentan eine starke Rolle in der US-Politik. Aber: Ende gut – alles gut?

Ein EU-US-Handelsabkommen ist nicht leicht zu erzielen, das zeigt die Erfahrung mit TTIP. Trump hält die Zollstruktur für zutiefst ungerecht. Dabei ist sie das Ergebnis internationaler Verhandlungen, die den USA viele andere Vorteile brachten, etwa die Öffnung der Dienstleistungsmärkte (US-Handelsüberschuss gegenüber der EU: 50 Mrd. US-Dollar). Jetzt will Trump vor allem niedrigere Warenzölle in Europa. Die EU hat Interessen in anderen Bereichen, etwa an besserem Zugang zu US-Beschaffungsmärkten, was für die USA nicht infrage kommt. Es ist vorgesehen, auch über Regulierung zu sprechen. Die USA sind interessiert an einer Angleichung regulatorischer Standards für medizinische Geräte. Das ist grundsätzlich gut, denn breitere Verhandlungen erleichtern einen Interessenausgleich. Unterschiedliche regulatorische Systeme in EU und USA und Sorgen der Zivilgesellschaft bilden aber gerade im Bereich Regulierung eine schwierige Ausgangssituation.

Ebenso problematisch wie die angezettelten bilateralen Handelskriege ist, dass Trump darangeht, das multilaterale Handelssystem zu zerstören. Indem die USA die Besetzung neuer Richterstellen blockiert, wird die Streitschlichtung der Welthandelsorganisation (WTO) untergraben und es besteht die Gefahr, dass durch ein »Rette sich, wer kann« das gesamte System in bilaterale Deals zerfällt. Trump geht davon aus, dass ein großes Land seine Interessen so besser durchsetzen kann als durch internationale Regeln. Allerdings ist dies zu kurz gedacht in einer Welt, in der die Volkswirtschaften auf vielfäl-

tige Weise miteinander verflochten sind. Es wäre zu hoffen, dass transatlantische Handelsgespräche geeignet sind, den US-Präsidenten auch von einem konstruktiven Ansatz gegenüber dem internationalen System zu überzeugen – zumal das Handelssystem tatsächlich Reformen braucht. Und gemeinsame Interessen gibt es auch, nicht zuletzt gegenüber China, das sich nicht, wie zu dessen WTO-Beitritt 2001 gedacht, weiter zu einer Marktwirtschaft entwickelt hat.

Es geht darum, einen Handelskrieg zu vermeiden. Das mag mehr Kompromisse wert sein als in Handelsverhandlungen üblich. Deutschland kann zudem einen positiven Beitrag leisten, wenn es mit höherem Konsum und vermehrten Investitionen seine Einfuhren steigert und so den Leistungsbilanzüberschuss abbaut. Das fordert auch der Internationale Währungsfonds und es würde vor allem den Partnern in der Eurozone helfen. Die Politik der USA hingegen wird deren Defizit eher erhöhen, dort kurbeln Steuerreform und Infrastrukturpaket den Konsum an.

Trump bleibt unberechenbar, auch hinsichtlich seiner Haltung zur US-Mitgliedschaft in der WTO. Für die EU ist wichtig, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen und die enge Zusammenarbeit mit anderen Partnern zu suchen. Dies ist wichtig nicht nur für Strategien im Umgang mit Trumps Drohungen, sondern auch, um gemeinsam an einer positiven Handelsagenda weiterzuarbeiten und an Regeln für eine moderne Handelspolitik, die auf Fragen von Datenschutz, Informationstechnik und der internationalen Nachhaltigkeitsziele eine Antwort finden. ●

**Dr. Evita Schmieg** ist Wissenschaftlerin an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und leitet das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierte Projekt »Außenwirtschaft und Entwicklungsländer im Lichte der Ziele zur nachhaltigen Entwicklung«.



# Doppelt hält besser?

## Warum Frankreich eine neue Interventionsinitiative lanciert hat

Von Claudia Major und Christian Mölling

**F**ranciahs Europäische Interventionsinitiative (EI2) hat dieses Jahr viel Aufmerksamkeit erregt. Einige Kritiker sehen sie als Konkurrenz zur EU, als Gegenentwurf zur von Deutschland favorisierten inklusiven PESCO, also der Ende 2017 geschaffenen Möglichkeit für EU-Staaten, enger zusammenzuarbeiten. Andere loben sie als pragmatische Antwort auf Europas Verteidigungsprobleme.

Tatsächlich kann Europas Verteidigung nur besser werden, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam die verschiedenen europäischen Verteidigungsinitiativen, vor allem PESCO und EI2, koordinieren. Sonst besteht die Gefahr, dass sich die Initiativen gegenseitig schwächen statt stärken.

Frankreich hat seit 2017 die EI2 parallel zu den europäischen Initiativen wie PESCO lanciert. Mittlerweise sind neun Staaten der Initiative beigetreten, auch Deutschland. Die europäischen Staaten, die politisch willens und militärisch fähig sind, Einsätze durchzuführen, sollen dank der EI2 besser zusammenarbeiten können. Infolgedessen, so die Idee des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, entsteht eine europäische strategische Kultur, die Europas sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken wird.

Vor allem drei Gründe haben Paris zur EI2 motiviert:

**Erstens** betrachtet Frankreich die Herausforderungen in seiner südlichen Nachbarschaft wie Terrorismus als die größten Bedrohungen für seine nationale und die europäische Sicherheit, ist aber der Ansicht, dass es keine ausreichende Unterstützung erhält.

**Zweitens** ist Frankreichs Militär überlastet. Trotz steigender Verteidigungsaufgaben wird es immer schwieriger, die laufenden Einsätze zu bewältigen, geschweige denn, auf neue Herausforderungen zu reagieren.

**Drittens** haben sich aus französischer Sicht die EU-Strukturen bislang als wenig hilfreich erwiesen.

Die EI2 konzentriert sich daher auf Flexibilität und Handlungsfähigkeit. Die EU-Mitgliedschaft ist zweitrangig. Frankreich versucht auf diese Weise, die schwerfälligen EU-Prozesse zu umgehen. Gleichzeitig möchte es das Potenzial von Nicht-EU-Staaten nutzen. Unter den Teilnehmern sind deswegen neben EU-Staaten wie Deutschland auch künftige Nicht-EU-Staaten wie Großbritannien.

Die EI2 scheint auf den ersten Blick der Gegenentwurf zu den EU-Initiativen, vor allem der inklusiven PESCO, zu sein. Dies führte zu dem Vorwurf, Frankreich verabschiede sich aus der europäischen Solidarität. Gleichzeitig würde Paris versuchen, seine Bedürfnisse als europäisch zu deklarieren, um Legitimität und Unterstützung zu erhalten.

Paris aber betont, es habe die EI2 schon lange vor PESCO konzipiert. Ziel sei auch nicht, gegen EU-Initiativen zu arbeiten. Nach französischer Überzeugung setzen beide Formate unterschiedliche Akzente und können sich ergänzen: PESCO zielt auf Fähigkeiten und EI2 auf Operationen. Aus französischer Sicht ist die EI2 daher ein Ausdruck europäischer Solidarität, keine Bedrohung für sie.

Die Rivalität liegt an anderer Stelle: Beide Formate (EU- und Nicht-EU) konkurrieren um die Aufmerksamkeit der politischen Führung und um das politische Kapital, das Staaten einzusetzen gewillt sind. Gerade für kleinere Staaten bietet die EI2 eine Plattform, über die sie Sichtbarkeit und Zugang zu einem einflussreichen Staat wie Frankreich bekommen.

Im besten Fall stärken sich die beiden Formate gegenseitig. Gelingt das nicht und die Fähigen und Willigen handeln außerhalb des EU-Rahmens, droht eine Abwertung der EU.

Wenn die Staaten, insbesondere Deutschland und Frankreich, sich tatsächlich verantwortungsbewusst für eine handlungsfähige Verteidigungspolitik in Europa engagieren wollen, dann müssen sie ihr politisches Kapital dafür einsetzen, diese Entwicklungen zu koordinieren, damit sie sich gegenseitig stärken. ●

Literatur: Claudia Major/Christian Mölling: Die Europäische Interventionsinitiative EI2. Warum mitmachen für Deutschland die richtige Entscheidung ist. DGAP Kompakt, Juni 2018

[dgap.org/de/article/getFullPDF/30940](https://www.dgap.org/de/article/getFullPDF/30940)



**Dr. Claudia Major** ist Senior Associate in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

**Dr. Christian Mölling** ist Stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) und Leiter des Programms Sicherheit, Verteidigung und Rüstung.

# Steuerflucht schwer gemacht

## Die EU hat den Kampf aufgenommen – doch es bleiben zu viele Schlupflöcher

Von Eric Bonse

Jahrzehntlang haben sich die EU-Staaten gegenseitig blockiert, wenn es um die Steuerpolitik ging. Das in diesem Politikfeld immer noch gültige Einstimmigkeitsprinzip machte, so schien es, Fortschritte unmöglich. Steuergerechtigkeit und Transparenz waren Fremdwörter. Doch seit 2015 meldet Brüssel immer mehr Erfolge: Insgesamt 18 Reformen hat der zuständige EU-Kommissar Pierre Moscovici – ein französischer Sozialist – auf den Weg gebracht. Fünf davon sind bereits in Kraft getreten, sechs weitere werden in den nächsten Jahren folgen.

Zu den bereits umgesetzten Novellen zählt der grenzüberschreitende Informationsaustausch zu den »tax rulings« – also den maßgeschneiderten Steuersparmodellen für Großunternehmen. Steuersünder wie Luxemburg oder Malta werden dadurch zu mehr Transparenz gezwungen. Die nationalen Behörden tauschen neuerdings auch Informationen darüber aus, welche Steuern multinationale Konzerne in ihrem Land zahlen. Das »Country by Country Reporting« betrifft aber nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz über 750 Millionen Euro, also eine Minderheit.

Ab 2019 treten zudem neue Regeln in Kraft, die Konzerne daran hindern sollen, Steuerschlupflöcher zu nutzen. All das seien wichtige Fortschritte, freut sich Moscovici. »Wir haben so viel erreicht wie zuvor in Jahrzehnten nicht«, meint auch der SPD-Europaabgeordnete Peter Simon.

Möglich wurden diese Fortschritte allerdings erst durch handfeste Skandale, die die Glaubwürdigkeit der EU erschütterten und sogar Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker betrafen. Die 2014 veröffentlichten »LuxLeaks« legten unfaire Praktiken in Luxemburg offen, wo Juncker jahrzehntlang als Finanzminister und Premier tätig war.

Auch die 2016 bekannt gewordenen »Panama Papers« waren ein heilsamer Schock. Kommission und Parlament nutzten die Enthüllungen, um den Ministerrat – die Vertretung der 28 EU-Länder – unter Druck zu setzen. Mehrere Sonderausschüsse kümmerten sich um die Aufarbeitung der Skandale. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen; im November 2018 will der Tax3-Ausschuss neue Ergebnisse vorlegen.

Schon jetzt ist klar, dass noch viel zu tun bleibt – auch in Deutschland. Das größte EU-Land sieht sich zwar zusammen mit Frankreich als Vorreiter einer breit angelegten Reform der Unternehmensbesteuerung. Doch unter Ex-Finanzminis-

ter Wolfgang Schäuble nahm es auch Berlin nicht immer so genau mit der Transparenz. So sperrte sich Schäuble dagegen, das »Country by Country Reporting« öffentlich zu machen; große Konzerne können sich weiter auf Vertraulichkeit verlassen. Zudem blockierte Berlin öffentliche Unternehmensregister, die für Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen wichtig sind. Die neue Bundesregierung müsse mehr für die Steuertransparenz tun, fordert der grüne Finanzexperte Sven Giegold.

Vor allem sind es aber die »üblichen Verdächtigen« – Luxemburg, die Niederlande, Irland und Malta –, die weitere Fortschritte behindern. Sie haben aus der Steuervermeidung für Konzerne ein lukratives Geschäftsmodell gemacht, von dem sie nicht lassen wollen. Immerhin geht die Kommission nun auch mit dem Beihilferecht gegen Konzerne wie Apple und Amazon und hilfswillige EU-Staaten wie Irland vor. Die »Kampfzone« wurde ausgeweitet, über die Steuerpolitik hinaus.

Das reicht jedoch nicht, meint SPD-Experte Simon. Neben dem öffentlichen »Country by Country Reporting« steht die Harmonisierung der Körperschaftssteuern ganz oben auf seiner To-do-Liste. 2013 hatten sich die EU-Länder darauf verständigt, zunächst eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und erst danach eine konsolidierte Basis einzuführen. Man brauche aber beides, so Simon.

Das Europäische Parlament setzt sich auch für mehr Transparenz in der Ratsarbeitsgruppe »Verhaltenskodex« ein, die für Unternehmensbesteuerung zuständig ist. Denn dort geht die Mausechelei zwischen den EU-Staaten weiter, als wenn nichts gewesen wäre. Auf Betreiben der Finanzminister wurde sogar Panama von der Schwarzen Liste der Steuerparadiese gestrichen – ausgerechnet die Heimat der »Panama Papers« wird in Brüssel weißgewaschen. ●



**Eric Bonse** arbeitet seit 2004 als EU-Korrespondent in Brüssel. Er war zunächst für das »Handelsblatt« tätig, heute schreibt er unter anderem für die »taz« und »Die Mitbestimmung«.

# Regierungswechsel in Spanien: Blaupause für die Sozialdemokratie?!

Von Yasmin Fahimi



**W**er hätte das Anfang des Jahres gedacht? Pedro Sánchez, Vorsitzender der spanischen Sozialdemokratie (PSOE), zeigt mit der Abwahl des konservativen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy durch ein Misstrauensvotum Anfang Juni 2018, dass Sozialdemokraten in der Lage sind, mutig und entschlossen die politischen Verhältnisse zu verändern.

Schon mit der Vorstellung seines Kabinetts demonstrierte Sánchez seine Vorstellung eines modernen Spaniens. Elf Ministerinnen und sechs Minister, junge wie erfahrene Politiker, gehören seinem Kabinett an. Das ist für sich genommen schon eine Nachricht wert. Frauen verantworten Schlüsselsressorts wie Arbeit, Wirtschaft, Umwelt und Gesundheit. Gleichstellung übernimmt Vizepräsidentin Carmen Calvo – ein Zeichen dafür, wie ernst es der Regierung mit dem Thema ist.

In seiner Regierungserklärung setzte Sánchez auf sozialdemokratische Herzensthemen: Sicherung der Pensionen, Wohnungsbau, Aufbau eines beruflichen Bildungssystems gegen Jugendarbeitslosigkeit und Gleichstellung der Geschlechter. Seine Wahl zum Ministerpräsidenten nährt die Hoffnung, dass Spanien eine Blaupause für eine Erneuerung der deutschen Sozialdemokratie werden kann.

Die Voraussetzungen für ein linkes Agendasetting in Spanien könnten dennoch kaum schlechter sein. Neben der haushalts- und finanzpolitischen Krise ist die soziale und wirtschaftliche Situation immer noch dramatisch. Die nationale Zerrissenheit (vor allem in Bezug auf Katalonien) widerspricht völlig einem linken und notwendigen Diskurs der gemeinsamen und solidarischen Entwicklung. Eine nationale Aufbruchsstimmung erscheint also kaum herstellbar. Hinzu kommt die Tatsache, dass die PSOE für die Mehrheit im Parlament auf die Unterstützung von sieben anderen Parteien angewiesen ist. Es wird sich zeigen, ob Sánchez' Geschick und Autorität reichen, um diese Zeichen des Aufbruchs nachhaltig zu verankern. Meiner Einschätzung nach ist es nun äußerst wichtig, sich von diesen gesetzten Themen und dem damit auch verbundenen kulturellen Aufbruch in ein modernes Spanien nicht abbringen zu lassen. Konsequentes Festhalten an der eigenen Linie ist wichtiger als permanentes Themenhopping. Die Agenda des Landes muss streng in sozialdemokratischer Hand bleiben.

Konflikte scheut Sánchez jedenfalls nicht. Als eine der ersten Maßnahmen verlegte er Francos sterbliche Überreste

aus der umstrittenen Pilgerstätte »Valle de los Caídos« und kündigte an, einen Ort der Versöhnung und Erinnerungsarbeit einzurichten. Auch in der Katalonien-Frage verlor er keine Zeit: Ein erstes Treffen mit Quim Torra, dem neuen Präsidenten der Generalitat von Katalonien, hat bereits stattgefunden. Völlig zu Recht hat Sánchez deutlich gemacht, dass eine Abspaltung nicht zur Debatte steht. Die Signale in Richtung stärkerer föderaler Strukturen sind aber ein Angebot, das Katalonien ernst nehmen kann. Meritxell Batet, neue Ministerin für die Territorialverwaltung, ist selbst Katalanin. Es bleibt die Hoffnung, dass sich in der neuen Konstellation der Akteure eine Lösung für diesen Konflikt finden lässt.

Auch in Bezug auf Europa setzte die neue Regierung Zeichen. Die Bereitschaft im Gespräch mit der deutschen Kanzlerin, Geflüchtete im Rahmen eines bilateralen Abkommens zurückzunehmen, unterstreicht das Verantwortungsgefühl für ein solidarisches Europa. Das ist erfreulich. Denn es braucht mehr als mutige Reformpolitik und kluge, moderierende Regierungsarbeit. Wie die SPD auch muss die PSOE Zukunftsoptimismus und eine wertorientierte Politik anbieten, um aus der derzeitig binnenorientierten Debatte einen Weg hin zu einem besseren, solidarischen Europa zu finden. Eine führende Rolle in der Neuausrichtung Europas ist daher unabdingbar für den Erfolg auch innerhalb des Landes. Als Sozialdemokratie können wir uns über dieses Signal freuen. Ein neuer Partner auf europäischer Ebene wird spätestens nach den Wahlen in Italien dringender denn je gebraucht.

Ob der europäischen Sozialdemokratie im Allgemeinen und der spanischen PSOE eine nachhaltige Erneuerung tatsächlich gelingt, wird sich aber erst noch erweisen müssen. Nicht zuletzt durch ein konsequentes und ehrliches Festhalten an Themen, Prinzipien und Werten. ●



**Yasmin Fahimi, MdB, ist stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und in der SPD-Bundestagsfraktion Berichterstatterin für u. a. Spanien, Portugal, Italien und Malta.**

# Anspruchsvolle Agenda

## Rumänien muss als EU-Ratsvorsitz über sich hinauswachsen

Von Stephan Meuser



**Z**um 1. Januar 2019 übernimmt Rumänien erstmals die EU-Ratspräsidentschaft – zwölf Jahre nach seinem Beitritt zur Europäischen Union. Große Aufgaben warten auf das nach Polen zweitgrößte Land der großen Erweiterungswellen 2004 und 2007: der für Ende März geplante Brexit, die Europa-Wahlen im Mai und die Verhandlungen zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Hinzu kommen offene Fragen im Bereich Migrationspolitik sowie des institutionellen Umbaus der Eurozone und des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Selbst für eines der großen EU-Mitgliedsländer wären das große Herausforderungen, ungleich größere sind es jedoch für ein Land, das weder über vergleichbare administrative Ressourcen noch Erfahrungen verfügt.

Hinzu kommen hausgemachte Probleme. Rumänien produzierte zuletzt Negativschlagzeilen durch den Versuch der Regierungspartei PSD, im Interesse ihres Parteivorsitzenden Liviu Dragnea die Strafverfolgung von Korruptionsdelikten zu erschweren. Auch nach fast 30 Jahren Transformation ist es offensichtlich, dass die wichtigsten demokratischen Institutionen für persönlich motivierte Machtkämpfe instrumentalisiert werden. Deutlicher Hinweis auf eine nicht funktionierende demokratische Kultur ist es, wenn der Staatspräsident und die Direktorin der nationalen Antikorruptionsbehörde zu Ikonen der politischen Opposition werden und der vorbestrafte Parteivorsitzende der größten Partei zwar nicht Ministerpräsident werden kann, aber bereits mehrere Ministerpräsidenten der eigenen Partei abgesetzt hat, die sich nicht willfährig zeigten. Diese Entwicklungen machen deutlich, dass Rumänien immer noch vor der Herausforderung steht, die Gewaltenteilung im demokratischen System sicherzustellen.

Andererseits tritt die rumänische Regierung in Europa als grundsätzlich integrationsfreundliche Kraft auf – im wohlthuenden Unterschied zu anderen ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Rumänien hat beispielsweise zwar 2015 im Europäischen Rat gegen eine Verteilung von Flüchtlingen nach Quote gestimmt, dann aber als einziges der überstimm-

ten osteuropäischen Länder Flüchtlinge aufgenommen. Auch bei der Kernfrage nach der Zukunft der europäischen Einigung unterstützt Rumänien das integrationsfreundlichste Modell. Jedoch vertritt gerade die regierende PSD die Ansicht, Rumänien sei EU-Mitglied zweiter Klasse. Sie macht dies daran fest, dass Rumänien seit seinem Beitritt immer noch einer Beobachtung durch die europäischen Institutionen unterliege und trotz Erfüllung aller technischen Kriterien aus politischen Gründen nicht Schengen-Mitglied werden könne.

Im Bereich Soziales war Rumänien einer der Hauptgegner der im Mai 2018 beschlossenen Reform der Entsenderrichtlinie. Vermeintliche Wettbewerbsvorteile rumänischer Entsendefirmen wurden letztlich über die Interessen der eigenen Bürger\_innen gestellt. Dabei sind es gerade die 3,5 Mio. rumänischen »Wanderarbeitnehmer\_innen«, die das Bild Rumäniens in den übrigen EU-Ländern prägen. Dieses Image pendelt gerade in Deutschland zwischen den Erfahrungen mit einer Mehrheit oft gut qualifizierter Arbeitnehmer\_innen einerseits und den von Ausbeutung und schlechten Arbeitsbedingungen betroffenen Tagelöhnern andererseits. Diese Gegensätze machen zugleich den politischen Handlungsbedarf deutlich. Und sie zeigen, dass eine Diskussion über die bestmögliche Gestaltung der EU-Binnenmigration insbesondere unter rumänischer Ratspräsidentschaft weiter geboten bleibt. ●

### Leseempfehlungen:

Claudiu Craciun, *Romania's Second Democratic Transition*, Berlin 2017:

📄 [library.fes.de/pdf-files/id-moe/13080.pdf](https://library.fes.de/pdf-files/id-moe/13080.pdf)

Matthias Jobelius, *Zwischen Integration und Ausbeutung. Rumänen und Bulgaren in Deutschland: Bilanz nach einem Jahr Arbeitnehmerfreizügigkeit*, Berlin 2015

📄 [library.fes.de/pdf-files/id-moe/11176.pdf](https://library.fes.de/pdf-files/id-moe/11176.pdf)

**Stephan Meuser leitet das FES-Büro in Bukarest.**

# Hashtag #Brexit

## Wie die Brexit-Debatte die Gemüter erhitzt – live und virtuell

Von Andre Weisser

Die Diskussion um Großbritanniens Zukunft in Europa erhitzt sowohl Gemüter als auch mobile Endgeräte. Tausende Posts werden täglich mit dem Hashtag #Brexit veröffentlicht. Der Informationsgehalt variiert gewaltig. Die Londoner Diskussion »Visions of Brexit – #CommonFutures« vom 10. Juli 2018 zwischen britischen Jugendlichen und dem deutschen Staatsminister für Europa, Michael Roth, fand während und nach der Veranstaltung auch in den sozialen Netzwerken statt. Dort wird in 280 Zeichen zusammengefasst, erklärt und verkündet: eine »Twitter Wall«.



Andre Weisser ist Projektassistent im FES-Büro in Großbritannien mit Sitz in London.

Die Twitterautor\_innen sind: Mete Coban (My Life My Say), Alexandra Bulat, Molly Hartill, Michael Roth.

# Beginn einer Ära

## Griechenland steht wieder auf eigenen Füßen – aber wohin führt der Weg?

Von Max Ostermayer



**A**m 20. August 2018 lief das dritte wirtschaftliche Anpassungsprogramm für Griechenland offiziell aus. Damit endete eine mehr als achtjährige Ära der strengen Aufsicht unter den Argusaugen der »Institutionen«. In dieser Zeit flossen insgesamt mehr als 260 Milliarden Euro nach Athen.

Das Ende dieser Ära ist für Griechenland gleichzeitig der Beginn einer neuen. Zwar wird das Land voraussichtlich noch bis 2022 unter verschärfter Aufsicht stehen. Gleichzeitig erfordert die schiere Höhe der griechischen Staatsschulden von derzeit über 180 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus Sicht der Gläubiger, dass das Land bis dahin weiter hohe Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet. Dennoch wurde an diesem Tag im Spätsommer ein neues Kapitel aufgeschlagen: Von nun an müssen Regierung und Opposition beweisen, dass sie auch ohne Druck von außen auf Reformkurs bleiben. Eine Rückkehr zur Praxis der Vorkrisenzeit ist weder vielversprechend noch populär.

Gleichzeitig hat die Austeritätspolitik der letzten acht Jahre hohe soziale Kosten für die Menschen mit sich gebracht. So haben seit dem Jahr 2008 mehr als 400.000 junge Griech\_innen ihrer Heimat aufgrund mangelnder Perspektiven den Rücken gekehrt. Dem Land ist damit eine der wichtigsten Ressourcen abhandengekommen: gut ausgebildete junge Menschen. Das stellt die griechische Gesellschaft mittelfristig vor große Herausforderungen. Eine Fortschreibung oder gar Verschärfung der rigiden Sparpolitik ist daher weder sozial noch wirtschaftlich tragbar.

Wie kann es also für Griechenland weitergehen? Mit dieser Frage haben sich zwölf Expert\_innen im Rahmen eines gemeinsamen Projekts des FES-Büros Athen und der Europäischen Akademie Berlin befasst. Als Replik auf drei Zukunftsszenarien bis zum Jahr 2035, die auf einem der drei durch das Auswärtige Amt geförderten »European Future Summits 2017« entwickelt wurden, haben sie ihre Empfehlungen formuliert.

Zunächst muss das Vertrauen der Menschen in die repräsentative Demokratie und das politische System zurückgewonnen werden. Vor allem die politischen Parteien des Landes müssen in ihrem Handeln transparenter werden und sich dem Dialog mit der Zivilgesellschaft öffnen. Auch muss sich die Diskurskultur zwischen den politischen Akteuren ändern: weg von gegenseitigen Schuldzuweisungen hin zu einem sach- und problemorientierten Politikansatz. Nur durch eine Überwindung der politischen Polarisierung wird es möglich sein, die Menschen für eine zukunftsorientierte Politik zu gewinnen und alte Antireformkoalitionen aufzubrechen.

Darauf kann dann eine Strategie für nachhaltiges und inklusives Wachstum aufbauen. Sie muss Investitionen in strategische Schlüsselbereiche fördern, beispielsweise im Bereich Logistik und erneuerbare Energien. Sie muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen – durch Reformen im Bildungssystem und in der Verwaltung. Und sie muss dabei immer um sozialen Ausgleich bemüht sein. Vor allem im Bereich Arbeitsmarktpolitik sollte der Schwerpunkt wieder stärker auf Absicherung statt Aktivierung liegen.

Ohne ein Umsteuern auf europäischer Ebene wird diese ambitionierte Agenda aber nicht umsetzbar sein. Griechenlands europäische Partner werden sich in absehbarer Zeit ehrlich und ergebnisoffen mit der Frage eines Schuldenerlasses für Griechenland befassen müssen. Denn nur so scheint es realistisch, die finanziellen Spielräume für die notwendigen Zukunftsinvestitionen auch mittelfristig zu sichern. ●

Studie: [The Future of Greece Revisited. New Perspectives on »Greece and the EU in 2035«](#)  
[www.eab-berlin.eu/wp-content/uploads/Response-Paper-GR-and-the-EU\\_180906\\_final.pdf](http://www.eab-berlin.eu/wp-content/uploads/Response-Paper-GR-and-the-EU_180906_final.pdf)

**Max Ostermayer** ist Referent in der Abteilung Wirtschaft und Soziales. Davor war er Projektassistent im Büro Athen der FES.

# Warten auf die Partner

## Der deutsch-italienische Parlamentarierdialog ist wichtig für Europa

Von Axel Schäfer

**D**ie deutsch-italienischen Beziehungen sind weit über das bilaterale Verhältnis hinaus seit jeher von großer Bedeutung für den gesamten europäischen Einigungsprozess. Das gilt ideengeschichtlich schon seit dem Manifest von Ventotene 1941 (Altiero Spinelli). Italien ist wie Frankreich das Schlüssel-land für die künftige europäische Entwicklung – eine Tatsache die bei uns bisher oft zu wenig wahrgenommen wird.

Deutschland und Italien sind Gründungsmitglieder der EU/EG. Sie gehören dem Schengen-Raum und der Eurozone sowie NATO, OSZE und G7 an. Neben den insgesamt 29 diplomatischen Standorten unserer zwei Staaten im jeweils anderen Land sind wir der mit Abstand wichtigste Handelspartner Italiens. Die bilateralen kulturellen Beziehungen sind in ihrer Dichte einzigartig: Nirgendwo sonst auf der Welt unterhält Deutschland so viele kulturelle Institutionen wie in Italien.

Die sozialdemokratischen Schwesterparteien auf beiden Seiten der Alpen pflegen dabei traditionell enge Kontakte. Seit Carlo Schmid 1962 hat die SPD durchgehend den Vorsitz in der deutsch-italienischen Parlamentariergruppe des Bundestages inne. Das ist einmalig und dokumentiert den hohen Stellenwert, den dieses Land und seine linken Parteien bei uns haben.

Festzuhalten ist aber auch, dass das deutsch-italienische Verhältnis schon einmal besser war. Die Intensität der Kontakte und gemeinsamen Aktivitäten hat im letzten Jahrzehnt nachgelassen. Zur alten Unübersichtlichkeit der römischen Politik ist jetzt auch eine neue Komponente der mangelnden Anschlussfähigkeit auf Parteiebene hinzugetreten:

Die alte Unübersichtlichkeit: Allein zwischen 2013 und 2017 wechselten 337 italienische Abgeordnete und Senatoren die Partei. Manche sogar mehrfach. Solche politischen Zustände erschweren eine kontinuierliche zwischenstaatliche Zusammenarbeit sowohl in den deutsch-italienischen Beziehungen als auch für die gesamte europäische Sozialdemokratie.

Die neue Anschlussunfähigkeit: Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik wie der Italienischen Republik haben weder Sozial- noch Christdemokraten in der aktuellen Regierung einen Partner, mit dem sie parteifamiliär verbunden sind. Das ist ein inhaltliches und ein organisatorisches Problem.

Als äußerst positiv sind hingegen die strukturellen Möglichkeiten des italienischen Wahlsystems hervorzuheben. Durch die Entsendung von »internationalen Abgeordneten« in die »Camera dei Deputati« und den »Senato della Repubblica« können auch Auslandsitalienerinnen und Auslandsitaliener ein personenbezogenes Votum über weltweit aktive Volksvertreterinnen und Volksvertreter abgeben. Besonders mit der neuen Senatorin und bisherigen Abgeordneten Laura Garavini (Partito Democratico – PD), Römerin und Berlinerin zugleich, gibt es schon eine über Jahre gewachsene vertrauensvolle Zusammenarbeit. Bei dieser länderübergreifenden Mandatierung nimmt Italien zusammen mit Frankreich eine Vorreiterrolle ein.

Das gilt auch für die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten in der politischen Willensbildung, die gerade in Zeiten wie diesen von herausragender Bedeutung für eine Revitalisierung der Demokratie sind. Die Nominierung des Spitzenkandidaten der PD erfolgte wie in Frankreich bei der Parti socialiste durch eine Urwahl von Parteimitgliedern und Sympathisanten und führte zu einer Mobilisierung von mehr als zwei Millionen Menschen.

Es ist dringend erforderlich, sich auch für die Bildung einer italienisch-deutschen Freundschaftsgruppe stark zu machen. Die bisherige Vorsitzende ist Laura Garavini. Ein Termin zur Neukonstituierung dieser Parlamentarierdelegation steht aber leider noch nicht fest. ●



**Axel Schäfer (MdB)** ist Vorsitzender der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe und Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

# Notizen



++ »Wir Europäer müssen neue Impulse setzen, damit das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt in Frieden und Sicherheit nicht aus dem Blick gerät!« Mit dieser Forderung eröffnete Außenminister Heiko Maas am 27. Juni die Tiergartenkonferenz 2018. Vor dem Hintergrund des Austritts der USA aus dem Iran-Atomabkommen und angesichts aktueller Entwicklungen in Nordkorea befasste sich der Außenminister dezidiert mit der Frage, wie Abrüstung und nukleare Nichtverbreitung in einer unsicheren Welt effektiv gestaltet werden können. ++



++ Seit ihrem Wahlerfolg gilt die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern weltweit als eine Hoffnungsträgerin der Sozialen Demokratie. Am 17. April 2018 sprach die jüngste Premierministerin der Welt in der Friedrich-Ebert-Stiftung über »Progressive and Inclusive Growth: Sharing the Benefits«. Dabei ging Ardern auf die Kernthemen ihrer Amtszeit ein: Klimaschutz, Handel und Rechte der Arbeitnehmer\_innen. ++

++ Die Europäische Union steht mit dem Brexit und den Veränderungen der multipolaren Weltordnung vor großen Herausforderungen. Um die EU handlungsfähig zu halten, sind Reformen nötig. Der siebte Bericht zur Lage der EU (»State of the European Union«), den die FES Madrid und die Fundación Alternativas gemeinsam herausgeben, betrachtet die Perspektiven der Mitgliedsstaaten zu den Reformideen. Bei der Vorstellung des Berichts Anfang September 2018 in Madrid und Brüssel zeigte sich, dass vielerorts ein Dilemma entstanden ist. Durch geschwundenes Vertrauen in die EU werden ambitionierte europäische Lösungen gemieden. Aus der Sackgasse herausführen könnte eine Verschiebung der Debatten: weg von reinem mehr oder weniger Europa, hin zum eigentlichen Problem, mehr politische Steuerung und weniger ungezügelter Markt. ++

++ Die FES in Zentralamerika erweitert ihr Angebot für junge Führungskräfte. Seit mehr als 25 Jahren setzt das Programm »Agente de Cambio« Standards, was die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten für engagierte junge Menschen betrifft. Erstmals legt die FES in Panama als Pilotprojekt nun ein auf diesen Erfahrungen aufbauendes Programm für den Führungsnachwuchs in Gewerkschaften auf. Junge Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 35 Jahren aus acht verschiedenen Dachverbänden erhalten Einblick in ein breites Themenspektrum. ++



++ »Die Zukunft der Automobilindustrie – Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung« war der Titel einer Podiumsdiskussion am 4. Juni 2018, veranstaltet vom FES-Landesbüro Hessen. Mehr als 100 Interessierte kamen nach Wiesbaden, um mehr über dieses angesichts von Verkehrsinfarkten, E-Mobilität und Diesel-Skandal wichtige Thema zu erfahren. Hauptimpulsgeber des Abends war Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Mit Vertretern des Auto Clubs Europa (ACE), des Betriebsrats des Mercedes-Benz-Werks für Nutzfahrzeuge sowie einem Verkehrswissenschaftler diskutierte Schäfer-Gümbel über die Herausforderungen. Sein Fazit: Die Politik muss mit staatlichen Geldern eine nachhaltige Mobilitätswende fördern. ++



++ Im August 2018 kamen auf Einladung der FES 20 weibliche afghanische Nachwuchsführungskräfte für einen zweitägigen Workshop in Kabul zusammen. Sie diskutierten, wie die Rolle von Frauen im öffentlichen und politischen Leben des kriegsgeplagten Landes weiter gefördert werden kann. Unter den Teilnehmerinnen waren neben jungen Expertinnen aus Regierung und internationalen Organisationen auch Menschenrechtsaktivistinnen, Gewerkschafterinnen, Fotografinnen und Sportlerinnen. ++

++ Auch das 8. Barcamp Frauen war ein voller Erfolg. Es fand am 23. Juni 2018 in Berlin statt. In offenen Sessions wurde über den Feminismus und die Politik von morgen diskutiert. Zum Abschluss kam auch SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil dazu, um sich kreativen und feministischen Input für den Erneuerungsprozess der Sozialen Demokratie zu holen. Mit über 350 Teilnehmer\_innen ist das Barcamp Frauen die größte feministische Veranstaltung in Deutschland. ++

++ Wie geht es jungen Israelis heute in Berlin? Was denken ihre Freunde und Eltern in Israel und welche Rolle spielt die Schoah? Darüber diskutierten offizielle Vertreter\_innen Deutschlands und Israels, Expert\_innen und Journalist\_innen sowie Israelis aus Berlin und deren Angehörige in einer lebhaften und kontroversen Gesprächsrunde Mitte Juni in Berlin. ++

++ Welches Europa wünsche ich mir? Dies war eine der Leitfragen an die jungen Teilnehmenden der Poetry Slam-Reihe des Landesbüros NRW. In zehn Städten konnten Schüler\_innen an Workshops teilnehmen, bei denen sie unter Anleitung des Slam-Poeten »Quichotte« ihre Wünsche für die Zukunft Europas in möglichst kreativen Texten formulieren sollten. Auf öffentlichen Abendveranstaltungen trugen sie die Texte vor und traten vor einer ausgewählten Jury gegeneinander an. Die Gewinner\_innen der Vorentscheide in Aachen, Bochum, Gelsenkirchen und anderen Orten trafen bei der großen Abschlussveranstaltung am 28. Juni in Düsseldorf aufeinander. Alle Teilnehmenden des Abschlusswettbewerbs gewannen eine Reise nach Brüssel, um sich vor Ort ein eigenes Bild von der europäischen Politik zu machen. ++



++ Um die großen Fortschritte der Mongolei auf dem Weg zur Demokratie zu würdigen und sich über die Arbeit der FES zu informieren, besuchte der Stiftungsvorsitzende Kurt Beck Anfang Juni das Land. Die FES ist seit mehr als 20 Jahren in der Mongolei aktiv. Aktuell stellt die sozialdemokratische Mongolische Volkspartei (MVP) die Mehrheit im Parlament und die Regierung. Die FES berät die MVP bei Fragen der innerparteilichen Demokratie, sozialen Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit würdigte der Ministerpräsident und MVP-Vorsitzende Uchnaagiin Chürelsüch im Gespräch mit Kurt Beck. ++



**++** Im Rahmen der Veranstaltung »Der Brexit und seine wirtschaftlichen Folgen« besuchte der britische Botschafter in Deutschland, Sir Sebastian Wood, am 1. Juni 2018 Halle. Botschafter Wood begründete den Austritt Großbritanniens vor allem mit der Historie und den primär wirtschaftlichen Erwägungen der Briten, die 1972 zum Beitritt geführt hatten. Die EU sei nie Teil der britischen Identität geworden. Somit verlassen die Briten zwar die EU, nicht jedoch Europa. **++**



**++** Rechts oder Links – das war einmal die klare Trennung in der Politik. So einfach ist es heute nicht mehr: Alte Orientierungen und Milieus verschwinden, neue Konfliktlinien verlaufen quer zu klassischen Parteigrenzen. Was bleibt heute von der linken Utopie? Mit der Reihe »What's Left?« begibt sich die FES auf die Suche nach Antworten aus Philosophie und Politik. Den Anfang machten am 28. Mai im Roten Salon der Berliner Volksbühne SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil und die Philosophieprofessorin Lisa Herzog. **++**



**++** Knapper Wohnraum, steigende Mieten, über-  
teuerte Quadratmeterpreise bei Neubauten: Viele sind in München davon betroffen. Was ist zu tun, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen? Das Bayern-Forum lud in seiner Reihe »WOHN|UTOPIA – München, wie wohnst du morgen?« ein, Antworten zu finden. Einige Schlaglichter: Junge Menschen brauchen Unterstützung wie etwa Werkswohnungen. Genossenschaften können solidarische Wohnformen der Zukunft schaffen, die dem Spekulationsmarkt entgegenwirken. Insgesamt benötigen Kommunen bessere Werkzeuge, etwa eine Reform des §34 des Baugesetzbuches. **++**

**++** Der neue mazedonische Ministerpräsident Zoran Zaev und sein griechischer Kollege Alexis Tsipras einigten sich im Juni 2018 in einem Regierungsabkommen auf den neuen Namen Republik Nord-Mazedonien. Nun müssen beide Parlamente das Abkommen ratifizieren, in Mazedonien steht zudem ein Referendum an. Den offiziellen Verhandlungsprozess flankierend, haben die FES-Büros Skopje und Athen die bislang fehlende gesellschaftliche Debatte über die Beziehungen beider Länder angestoßen. In bilateralen Workshops wurden Initiativen zur Zusammenarbeit in den Bereichen Medien, Jugend, Wissenschaft und Wirtschaft diskutiert. **++**

**++** Immer wieder wird in öffentlichen Debatten der Rechtsstaat infrage gestellt und damit das Vertrauen der Bürger\_innen in ihn erschüttert. Was die Bundesregierung dagegen tut, erklärte die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Katarina Barley, am 9. Juni 2018 in ihrem Eröffnungsvortrag der 10. Rechtspolitischen Fachtagung der FES. Der im Koalitionsvertrag beschlossene »Pakt für den Rechtsstaat« sehe nicht nur 2000 neue Stellen für Richter\_innen und Staatsanwält\_innen vor, er beinhalte auch andere Maßnahmen wie die verbesserte Digitalisierung der Justiz. **++**



**++ Männerdomäne Rechtspopulismus? Weit gefehlt:** Immer mehr Frauen in Europa geben ihre Stimme rechtspopulistischen Parteien. Die Ende August erschienene Studie »Triumph der Frauen? – The Female Face of the Far Right in Europe« zeigt, dass rechte Parteien Frauen als wichtige Zielgruppe für sich entdeckt haben. Nicht nur die Zahl der rechten Wählerinnen geht nach oben, auch machen rechte Parteien zunehmend Politik für Frauen und Familien, um auf diese Weise rückwärtsgewandte Positionen in der Gesellschaft zu verankern. Die Studie vergleicht die jüngsten Entwicklungen in Deutschland, Frankreich, Griechenland, Polen, Schweden und Ungarn. **++**



**++ Ende Mai 2018 wurde der neue Lehrgang der Akademie der Sozialen Demokratie in Bratislava eröffnet.** Christian Petry, der europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, diskutierte mit dem neuen slowakischen Ministerpräsidenten, Peter Pellegrini, über aktuelle Herausforderungen für die Sozialdemokratie. Bei allen Unterschieden stehen beide sozialdemokratischen Parteien vor der Aufgabe, jüngere Wähler\_innen anzusprechen. **++**

**++ Am 17. April 2018 wurde die griechische Fassung der Wanderausstellung »Solidarität und Widerstand – Deutsch-griechische Beziehungen während der griechischen Militärdiktatur 1967–1974« in Athen eröffnet.** Die Ausstellung würdigt eine besonders wichtige Phase der deutsch-griechischen Beziehungen: den gemeinsamen Widerstand gegen die Militärjunta und den solidarischen Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie. Vor dem Hintergrund der zunehmenden grundsätzlichen Kritik in weiten Teilen Europas an dem Staatsmodell Demokratie gewinnt die Ausstellung an Aktualität, weil sie die Folgen des Verlusts der Demokratie deutlich macht. **++**



**++ Am 21. Juni 2018 lud »Stadtleben« rund 40 Vertreter\_innen unterschiedlichster Institutionen, Initiativen und der Politik zum Dialog über das Thema »Bezahlbarer Wohnraum« nach Stuttgart ein.** Deutlich wurde: Es mangelt nicht an neuen Ideen, sondern an einem Prozess, der strukturiert ist, die richtigen Prioritäten setzt und von den Beteiligten getragen werden kann. **++**

**++ In der Reihe »Kultur als Brücke« lud das Forum Berlin am 26. Mai 2018 zum »Weltklimagipfel in Poesie« ein.** Was bedeuten zwei Grad globale Erwärmung und was ist, wenn sie überschritten werden? Dichterinnen und Dichter aus der Karibik, Grönland, Pakistan, den Niederlanden und Simbabwe brachten die Konsequenzen des Klimawandels dichterisch zur Sprache. **++**



**++ Seit zehn Jahren leidet Kosovo darunter, dass sich in der Politik nahezu alles um Status- oder Nachbarschaftsfragen dreht.** Wirtschaftliche und soziale Themen bleiben außen vor. Die Folgen sind krasse soziale Ungerechtigkeit und Schutzlosigkeit. Daher nimmt sich das FES-Büro »The Kosovo We Want!« wird eine gemeinsame Arbeitsplattform für alle Parteien, Gewerkschaften und NGOs angeboten. Weit über 200 Personen kamen zum Auftaktkongress Ende Mai und vereinbarten, gemeinsam wirtschaftliche und sozialpolitische Grundlagen zur Durchsetzung von Mindeststandards zu entwickeln. Bis Ende 2018 soll ein von Arbeitsgruppen ausgearbeitetes Aktionsprogramm vorliegen. **++**

# Lesempfehlungen

## FORUM BERLIN



**Urbane Sicherheit(en)**  
Thesen zur Verbindung von sozialer und innerer Sicherheit  
*Jens Wurtzbacher*

## FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT



**Triumph der Frauen?**  
The Female Face of the Far Right in Europe  
*Elisa Gutsche (Hrsg.)*

## WISO-DISKURS



**Mindestlohn – ein gerechter Lohn?**  
Plädoyer für einen Autonomie stärkenden Mindestlohn  
*Günther Schmid*

## KOMMUNALAKADEMIE



**Kommunale Integrationspolitik**  
Eine Handreichung für die kommunale Praxis  
*Boris Kühn*

## POLITISCHE AKADEMIE



**Ausfall im Störfall?**  
Netzkommunikation in Krisensituationen: Zusammenfassung der Beiträge zur Veranstaltung am 16. April 2018 in Berlin

## WISO-DISKURS



**Verbraucherschutz in der Plattform-ökonomie**  
*Christoph Busch*

## NETZWERK BILDUNG



**Populismus, Fake News, Lügenpresse**  
Ergebnisse der Konferenz am 25. Januar 2018  
*Valerie Lange*

## INTERNATIONALE POLITIKANALYSE



**»Gleicher Lohn und die Hälfte der Macht«**  
Bilanz der feministischen Regierung in Schweden  
*Hanna Beutler-Gross, Valeska Henze, Christin Skiera und Jana Windwehr*

## WISO-DISKURS



**Beschäftigungspotenziale nutzen**  
Die beste Antwort auf die Alterung der Gesellschaft  
*Erik Türk, Florian Blank, Camille Logeay, Josef Wöss, Rudolf Zwiener*

## GLOBALE POLITIK UND ENTWICKLUNG



**Trade Unions in Transition**  
From Command to Market Economies  
*Rudolf Traub-Merz and Tim Pringle (Eds.)*

## FES NORD



**Reclaiming Action**  
Progressive Strategies in Times of Growing Right-Wing Populism in Denmark, Norway, Sweden and Germany  
*Christian Krell, Henri Möllers and Niklas Ferch (Eds.)*

## FES UNGARN



**Der ungarische Traum**  
Welche Zukunft erträumen sich die Ungar\_innen für sich selbst und ihr Land? Policy Solutions  
*Tamás Boros und Gergely Laki*



[www.fes.de/de/publikationen](http://www.fes.de/de/publikationen)  
Hier finden Sie sämtliche aktuelle Publikationen der FES.



200 Jahre nach seiner Geburt feiert Karl Marx ein überraschendes Comeback. Seine Kritik richtete sich gegen die Klassenverhältnisse des 19. Jahrhunderts. Ungleichheit, Entfremdung, Finanzkrisen – ist Marx Kritik heute aktueller denn je? Gilt das auch für seine Antworten?

Dieser Band nimmt Marx als Bonner Studenten, Philosophen, Ökonomen, Journalisten, Feministen, Revolutionär und Ikone in den Blick. Entdecken Sie Marx neu! Denn, will man die Krisen der Gegenwart verstehen, führt kein Weg an ihm vorbei.

200 Seiten | Broschur | 14,00 Euro  
ISBN 978-3-8012-0536-2

Als Fraktionsvorsitzender, Wirtschaftsminister und Ministerpräsident (1998–2008) wird der Sozialdemokrat Harald Ringstorff zum politischen Aushängeschild von Mecklenburg-Vorpommern. Er war ein überaus beliebter Landesvater. Doch wie vollzog sich der nicht immer leichte Umbau Mecklenburg-Vorpommerns nach 1989? Welche Erfolge und Niederlagen stechen hervor? Entlang der Biografie von Harald Ringstorff wird diese immer noch nicht abgeschlossene Zeit erstmals überblickt, zusammengefasst und analysiert.

304 Seiten | Hardcover mit Schutzumschlag | 24,90 Euro  
ISBN 978-3-8012-0526-3

